

ENGAGE Empfehlungen

Soziale Innovationen und Beteiligung von Bürger:innen an der lokalen Energiewende in Deutschland

ERSTELLT VON

Dr. Kathleen Pauleweit, Janina Kosel,
Malte Zieher, Friederike Skorning,
Harald Uphoff, Fabian Zuber,
Marieke Koopmann

GEFÖRDERT DURCH DAS

Bundesministerium für
Wirtschaft und Klimaschutz



Engage Empfehlungen

Das ENGAGE-Projekt untersucht Soziale Innovationen und die Beteiligung von Bürger:innen an der lokalen Energiewende in Deutschland. Die ENGAGE Studie liefert empirische Befunde zu sozial-innovativen Akteuren und Praktiken für Bürger:innen, an der Stromwende vor Ort zu partizipieren. Sie entwickelt zugleich ein integriertes Beteiligungsmodell der Bürger:innen für den Stromsektor. In diesem Rahmen werden Hemmnisse und Herausforderungen der Bürgeraktivierung und -beteiligung systematisiert.

Basierend auf den Erkenntnissen der ENGAGE Studie sind in diesem Empfehlungsbericht akteursspezifische Handlungsempfehlungen zusammengestellt, die zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, der Beteiligung der Bürger:innen und sozial-innovativer Akteure und Praktiken für die Energiewende vor Ort beitragen.



Zitiervorschlag

Pauleweit et al.: ENGAGE-Empfehlungen: Soziale Innovationen und Beteiligung von Bürger:innen an der lokalen Energiewende in Deutschland. IKEM [Hrsg.], Berlin. 2024.

ISBN 978-3-9819209-3-2

Inhaltliche Grundlage für die hier beschriebenen Ergebnisse und Empfehlungen bilden die bisherigen Veröffentlichungen zum ENGAGE-Projekt.

Alle Publikationen sind abrufbar unter:
engage.jetzt/

Ansprechpartnerin

Dr. Kathleen Pauleweit, LL.M.
kathleen.pauleweit@ikem.de

Konzept, Gestaltung, Satz und Illustration

Julie Hertel
Marian Himburg

Gefördert durch das

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Förderhinweis

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Diese Empfehlungen entstanden im Rahmen der angewandten nichtnuklearen Forschungsförderung im 7. Energieforschungsprogramm „Innovationen für die Energiewende“ und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert.

Disclaimer

Für den Inhalt der Studie zeichnen sich die Studienautor:innen verantwortlich. Der Inhalt stellt nicht zwingend die Auffassung des Auftrag- oder Fördergebers dar.

Geschlechtsneutrale Sprache

Bei diesen Empfehlungen wird, soweit möglich, eine geschlechtsneutrale Sprache verwendet. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, wird der sogenannte „Gender-Doppelpunkt“ verwendet (z. B. Expert:innen).

Beteiligte Organisationen an der Entwicklung der Empfehlungen



Bündnis Bürgerenergie (BBEn)
Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e.V. (IKEM)
eueco GmbH (eueco)
100 Prozent erneuerbar stiftung (100pes)

Berlin, August 2024

Kernbotschaften

Stromwende gemeinsam gestalten

- **Können Bürger:innen an der Stromwende teilhaben, ist dies der Schlüssel zu mehr lokaler Akzeptanz von Erneuerbare-Energien-Anlagen**
- **Politik und öffentliche Verwaltung sollten beteiligungsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen sowie beteiligungs- und innovationsfördernde Strukturen stärken**
- **Strukturelle Hindernisse für sozial-innovative Wirtschaftsakteure, wie Energiegemeinschaften und -genossenschaften, sind systematisch zu beseitigen**
- **Alle Wirtschaftsakteure sollten mehr und sichtbarere Beteiligungsangebote und -möglichkeiten für Bürger:innen unterbreiten**

COMMUNITIES

- Verbreitung kommunaler Leitlinien zum frühzeitigen Einbezug von Bürgerenergiegemeinschaften (BEGs) bei der Flächenvergabe
- Durchführung von Aufklärungs- und Motivationskampagnen für Kommunen über das Potential von BEGs
- Vertretung der BEG-Interessen durch Landes- und Bundesnetzwerke
- Information zu aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Lobbying für bundeseinheitliche Beteiligungsregelung oder für Regeln in den entsprechenden Bundesländern ohne Länder-Regel
- Kampagnenarbeit von BEGs, die sich an unterrepräsentierte Zielgruppen richten
- Kooperationen von BEGs mit Verbänden und Vereinen, die spezifische Zielgruppen vertreten
- Aufstellung von Gleichstellungsstrategien und -plänen für BEGs
- Informationsmaterial in verständlicher Sprache oder Fremdsprachen
- Individuelle Kommunikation & Formate zur Bürger:innen-Aktivierung
- Informations- & Aufklärungskampagnen für EE durch BEGs
- Wahl von lokal akzeptanzbildenden Einstiegsgeschäftsmodellen
- Aufbau von haupt- & nebenberuflichen Stellen bei BEGs
- Erhöhung des Professionalisierungsgrads von BEGs durch Beratung
- Kooperation mit anderen regionalen BEGs & mit etablierten (über-)regionalen Akteuren
- Ausbau von Finanzierungsmodellen und der Zusammenarbeit mit Banken
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Crowdfunding/-investing-Firmen
- Eigene Kampagnen zur Einwerbung von Eigenkapital von BEGs
- Aufbau von technischem Fachwissen bei BEGs

ENERGIEWIRTSCHAFT

- Ausbau von passgenauen Crowdfunding-Möglichkeiten für BEGs
- Ausbau von Finanzierungsmodellen für BEGs durch Banken
- Standardisierung und Digitalisierung von Bürgerbeteiligung
- Outsourcing von Bürgerbeteiligung
- Aufbau von Partnerschaften mit BEGs
- Ausschöpfung staatlicher Förderungsangebote
- Etablierung innovativer und beteiligungsfreundlicher Unternehmenskulturen
- Berücksichtigung regionaler und lokaler Belange und Bedarfe
- Information zu aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Überwindung von fehlenden oder eingeschränkten digitalen Kompetenzen
- Allianzbildung über Verbände
- Aktiver Austausch mit Politik zu Praxiserfahrungen

POLITIK UND ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

BUND

- Finanzielle Bestimmungsregelung der Bürger:innen
- Flexibilisierung des Genossenschaftsrechts
- Schaffung sozial-innovativer & gemeinwohlorientierter Gründungs- & Unterstützungsstrukturen
- Förderung von bedarfsgerechten öffentlichen Förderinstrumenten, -strukturen und -kulturen sowie Finanzierungsmodellen
- Reduzierung von Entgelten & bürokratischen Hürden für regionale & lokale Stromlieferung
- Subventionsabbau fossiler Anlagen & Energieträger
- Beschluss einer Bürgerenergie-Strategie
- Ausbau der Forschung zu Sozialen Innovationen in der Energiewende inklusive gesellschaftlicher Wirkungsmessung
- Internationale & europäische Zusammenarbeit zu Sozialen Innovationen im Energiebereich
- Förderung der Akzeptanzforschung & Wissenschaftskommunikation mit Bundesmitteln
- Investition in die Digitalisierung und Standardisierung der Verfahren und Bundesverwaltung
- Förderung von Bildungsangeboten & des Austausches für Behördenpersonal

LÄNDER

- Verabschiedung von Bestimmungssetzen oder deren Reform
- Förderung und Unterstützung von professionellen Bestimmungsverfahren für Kommunen & Vorhabenträger
- Vereinfachung von Bürgerbeteiligungsverfahren
- Einstellung & rechtliche Qualifizierung der Mitarbeitenden
- Beschluss von Strategien und Politiken, die sich an der nationalen, sozialen Innovationsstrategie orientieren
- Integration Sozialer Innovationen in die Bildungsarbeit zur nachhaltigen Entwicklung bzw. transformative Bildung
- Förderung der Akzeptanzforschung & Wissenschaftskommunikation mit Landesmitteln
- Investition in die Digitalisierung & Standardisierung der Verfahren & Landesverwaltung
- Förderung von Bildungsangeboten & des Austausches für Behördenpersonal zur digitalen Unterstützung von Bestimmungsprozessen

KOMMUNEN

- Förderung von Vernetzung, Kollaboration & Transfer mit lokalen Akteuren
- Angebot von Information, Beratung & Wissenstransfer zur Beteiligung
- Entwicklung von Leitlinien zum frühzeitigen Einbezug von Bürger:innen & ihrer Organisationen
- Förderung & Beauftragung von lokaler Akzeptanzforschung
- Förderung der Wissenschaftskommunikation
- Niedrigschwellige Einbindung der Angebote in Bildungs-, Arbeits- & Lebenskontexte
- Sichtbarmachung der Angebote in verständlicher Sprache
- Sichtbarmachung der Angebote in verschiedenen Sprachen
- Einbindung lokaler Presse & (digitaler) Medien
- Förderung politischer Bildungsarbeit zu Demokratie & Beteiligung
- Stärkung informeller Bestimmungsformate
- Zielgruppengerechte Wissenschaftskommunikation in verständlicher Sprache & über relevante Kommunikationskanäle
- Etablierung von positiven & individuellen Energiewendenarrativen vor Ort
- Schaffung offener Diskursräume über die Gestaltung des Gemeinwesens, insb. (inter-)kommunaler Energieversorgung & Zusammenarbeit
- Schaffung unabhängiger & niedrigschwelliger Informationsangebote & Kapazitätsaufbau zu EE-Technologien
- Schaffung von offenen Diskursräumen & Kapazitätsaufbau über lokale Energieversorgung & Netze
- Investition in Digitalisierung der Verfahren & Kommunalverwaltung
- Kombination von digitalen & analogen Bestimmungsformaten
- Schaffung institutioneller Voraussetzungen, um von den Förderprogrammen zu profitieren
- Allianzbildung & Kooperation mit lokalen Change Agents
- Einrichtung eines Bürger:innenfonds

LEGENDE

- Wirtschaftliche Faktoren
- Soziokulturelle Faktoren
- Rechtliche Faktoren
- Technologische Faktoren
- Politische Faktoren

Key messages

Shaping the electricity transition together

- Empowering citizens to participate in the electricity transition is key to greater local acceptance of renewable energy systems
- Politics and public administration should create participation-friendly framework conditions and strengthen structures that promote participation and innovation
- Structural obstacles for socially innovative economic actors, such as energy communities and cooperatives, should be systematically removed
- All economic players should offer more and more visible participation options and opportunities for citizens

COMMUNITIES

- Dissemination of guidelines for the early involvement of citizen energy communities (CECs) in the allocation of land
- Realization of information & motivation campaigns for municipalities on the potential of CECs
- Representation of CEC interests through state & federal networks
- Information on current legal framework
- Lobbying for standardized Federal participation rules or Federal State rules
- Campaign work by CECs aimed at underrepresented target groups
- Cooperation of CECs with associations & organizations that represent specific target groups
- Development of gender equality strategies & plans for CECs
- Provision of information material in plain language or foreign languages
- Use of individualized communication & formats to activate citizens
- Implementation of information & education campaigns for renewable energies by CECs
- Choosing entry-level business models with high local acceptance
- Use of pre-prepared materials (in understandable language)
- Establishment of full-time & part-time positions at CECs
- Increasing the level of professionalization of CECs through advice
- Cooperation with other regional CECs & with established (supra)regional actors
- Expansion of financing models & cooperation with banks
- Expansion of cooperation with crowdfunding/-investing companies
- Own campaigns to raise equity capital for CEC
- Building technical expertise among CECs

ENERGY INDUSTRY

- Expansion of customized crowd investing opportunities for CECs
- Expansion of financing models for CECs by banks
- Standardization & digitalization of citizen participation
- Outsourcing of participation
- Development of partnerships with CECs
- Utilization of state funding opportunities
- Establishing innovative & participation-friendly corporate cultures
- Consideration of regional & local concerns
- Information on current legal framework
- Overcoming a lack of or limited digital skills
- Alliance building via networks
- Active exchange with politicians

POLITICS

FEDERAL GOVERNMENT

- Financial participation regulation for citizens
- Flexibilization of the Federal law on cooperatives
- Adoption of a citizens' energy strategy
- Research on social innovations in the energy transition, including social impact measurement
- International & European cooperation on social innovations in the energy sector
- Promotion of acceptance research & science communication with Federal funds
- Investment in the digitalization & standardization of processes & Federal administration
- Promotion of training programs & exchanges for public authority staff to digitally support planning processes
- Creation of socially innovative start-up & support structures geared towards the common good
- Promotion of needs-based public funding instruments, structures & cultures as well as financing models
- Reduction of fees & bureaucratic hurdles for regional & local electricity supply
- Reducing subsidies for fossil fuel plants & energy sources

FEDERAL STATES

- Adoption of participation laws or their reform
- Professional participation procedures for municipalities & project developers
- Simplification of public participation procedures
- Recruitment & legal qualification of ministerial & official employees
- Adoption of innovation strategies & policies
- Integration of social innovations into education on sustainable development & transformative education
- Promotion of acceptance research & science communication with Federal State funding
- Investment in the digitalization & standardization of processes & Federal State administration
- Promotion of training programs & exchanges for public authority staff to digitally support planning processes

MUNICIPALITIES

- Promotion of networking, collaboration & transfer with local stakeholders
- Offering information, advice & knowledge transfer on participation
- Development of municipal guidelines for the early involvement of citizens & their organizations
- Promotion & commissioning of local acceptance research
- Promotion of scientific communication
- Low-barrier integration of services into educational, work & life contexts
- Offering services in understandable language
- Offering services in different languages
- Involvement of local press & (digital) media
- Promoting political education on democracy & participation
- Strengthening informal participation format
- Target group-orientated science communication in understandable language & via relevant communication channels
- Establishing positive & individual energy transition narratives locally
- Creating open spaces for discourse on shaping the community, in particular (inter)municipal energy supply & cooperation
- Creation of independent & low-threshold information services & capacity-building on renewable energy technologies
- Creation of open discourse spaces & capacity-building on local energy supply & grids
- Investment in the digitalization of processes & local administration
- Combination of digital & analogue participation formats
- Additional recruitment & legal qualification of employees
- Creating institutional conditions to benefit from the funding programs
- Alliance building & cooperation with local change agents
- Establishment of a citizens' fund

LEGEND

- Economy
- Law
- Politics
- Social culture
- Technology

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	vi
Tabellenverzeichnis.....	vii
Einleitung	1
Methode	4
Wesentliche Herausforderungen und Hemmnisse für Bürger:innen.....	6
ENGAGE Empfehlungen	10
Politik und öffentliche Verwaltung	13
Communities.....	21
Energiewirtschaft.....	27
Stromwende gemeinsam gestalten	27
Anhang	29
Literatur	34

Abkürzungsverzeichnis

Akteursgruppe	Dimension nach Relevanz
100pes	100 Prozent erneuerbar stiftung
BBEn	Bündnis Bürgerenergie e.V.
BEG	Bürgerenergiegemeinschaft
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (ehemals BMWi)
bzw.	beziehungsweise
C	Energiegemeinschaften (Englisch <i>communities</i>)
CEC	Bürgerenergiegemeinschaft (Englisch <i>citizen energy communities</i>)
d.h.	das heißt
e.V.	eingetragener Verein
EE	erneuerbare Energien
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
eueco	eueco GmbH
f.	folgende
IKEM	Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e.V.
Nr.	Nummer
P	Politik und öffentliche Verwaltung
PV	Photovoltaik
S.	Seite
u.a.	unter anderem
vgl.	vergleiche
W	Energiewirtschaft
WECF	Women Engage for a Common Future
z. B.	zum Beispiel

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:

Grundlegende Hemmnisse der Bürgerbeteiligung in der Energiewende nach Governance-Ebenen. **9**

Tabelle 2:

Übersicht der Beteiligungshemmnisse und ENGAGE-Handlungsempfehlungen. **31**

Einleitung

—

Soziale Innovationen sind ein Katalysator für gesellschaftlichen Wandel und leisten einen bedeutenden Beitrag, unsere Energieversorgung in den Städten und Dörfern nachhaltig auszurichten. Die dezentrale Energiewende lebt von sozial-innovativen Akteuren und Praktiken, die die Anwohner:innen in die kleinen und großen Transformationen vor Ort oder in der Region einbinden. Um das transformative Potenzial Sozialer Innovationen für die Energiesystemwende voll auszuschöpfen und so auf die Erreichung der Klimaschutzziele durch die Erhöhung des Anteils an EE-Strom hinzuwirken, hat die ENGAGE Studie¹ Hemmnisse und Herausforderun-

gen für eine aktive Energiebürgerschaft ausfindig gemacht. Mit den ENGAGE-Empfehlungen zeigen wir Chancen und Erfolgsfaktoren auf und unterbreiten Lösungsvorschläge, wie analoge und digitale bürgerschaftliche Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten an der Energiewende mithilfe von sozial-innovativen Akteuren und Praktiken gestärkt werden können. In diesem Zusammenhang soll auch auf die elektronische Partizipation (E-Partizipation) von Bürger:innen, d.h. den barrierearmen Zugang und internetgestützte Vernetzungsmöglichkeiten beispielsweise über soziale Netzwerke und Online-Plattformen, eingegangen werden.

Folgend wird zunächst das methodische Vorgehen zur Entwicklung der Empfehlungen skizziert. Sodann werden kurz die wesentlichen Herausforderungen, Hemmnisse und Hürden für sozial-innovative Akteure und Bürgerbeteiligung in Deutschland beschrieben, die ausführlich in der ENGAGE Studie erläutert sind.² Zugleich dient das in-

tegrierte Beteiligungsmodell der ENGAGE-Studie dem im Projekt entwickelten Energiewende-O-Mat³, der beteiligungsinteressierte Bürger:innen mit Vorhaben in ihrer Nähe zusammenbringt.



- verbindet Bürger:innen mit passenden Energiewende-Projekten
- kann Deine Energiewende-Projekte empfehlen
- vereinfacht Beteiligung an der Energiewende
- ist ein unabhängiges Beratungstool
- kann Dich mit Akteur:innen der Energiewende vernetzen

Dein Projekt im Energiewende-O-Mat

Dein Energiewende-Projekt ist noch nicht auf der Karte zu finden? Du hast hier die Möglichkeit, ein Projekt vorzuschlagen und alle Details zu hinterlegen. Wir checken, dass alle Angaben richtig sind, die Projekte sozial-innovativ sind und einen Energiewende-Bezug haben. Schon wird dein Projekt in der Karte veröffentlicht.

Hier
Energiewende-Projekt
einrichten



1 Pauleweit u. a., „ENGAGE Studie: Soziale Innovationen und Beteiligung von Bürger:innen an der lokalen Energiewende in Deutschland“ (Berlin, 2024).
 2 Vgl. Kapitel 5.3 „Wesentliche Herausforderungen und Hemmnisse“ der ENGAGE-Studie, Pauleweit u. a.
 3 Des Projektes ENGAGE, „Engagiere Dich für die Energiewende“, Engage, 2024, <https://engage.jetzt/>.



Die ENGAGE-Studienergebnisse bilden den Ausgangspunkt für die ENGAGE-Handlungsempfehlungen, die der Frage nachgehen, wie die Rolle von Bürger:innen auf dem Weg zu einem vollständig erneuerbaren deutschen Energiesystem gestärkt werden kann. Die Handlungsempfehlungen richten sich an die Politik und öffentliche Verwaltung (P), die Communities (C) und weitere Wirtschaftsakteure (W). Hierbei bemühen wir uns um möglichst praktikable Lösungsvorschläge sowie die Benennung konkreter aktorspezifischer Maßnahmen und ihrer Umsetzungserfordernisse. Im Anschluss erfolgt ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft.

Methode

—

Inhaltliche Grundlage für die hier beschriebenen akteurspezifischen Handlungsempfehlungen bilden die Forschungsergebnisse der ENGAGE-Studie. Der empirische Studienansatz ist durch eine quantitative Datenanalyse mit Hilfe deskriptiver Statistik sowie einer vergleichenden Fallanalyse gekennzeichnet, bei der sowohl quantitative als auch qualitative Methoden in der Datenerhebung und -analyse zum Einsatz kommen⁴. Wir entwickelten die Empfehlungen in einem gemeinsamen zweiphasigen iterativen Prozess im Herbst/

Winter 2023, bei dem die Partner selbständig Hürden für ihre Akteursgruppe⁵ und entsprechende Maßnahmen entwickelten, um diese zu überwinden. Das IKEM hat als Studienleitung die Ergebnisse unter Berücksichtigung der rechtspolitischen Entwicklungen bis Juli 2024 in diesem Bericht bestmöglich zusammengetragen.



Abbildung 1: Akteurskonstellation im Kontext der Energiesystemwende, eigene Darstellung.

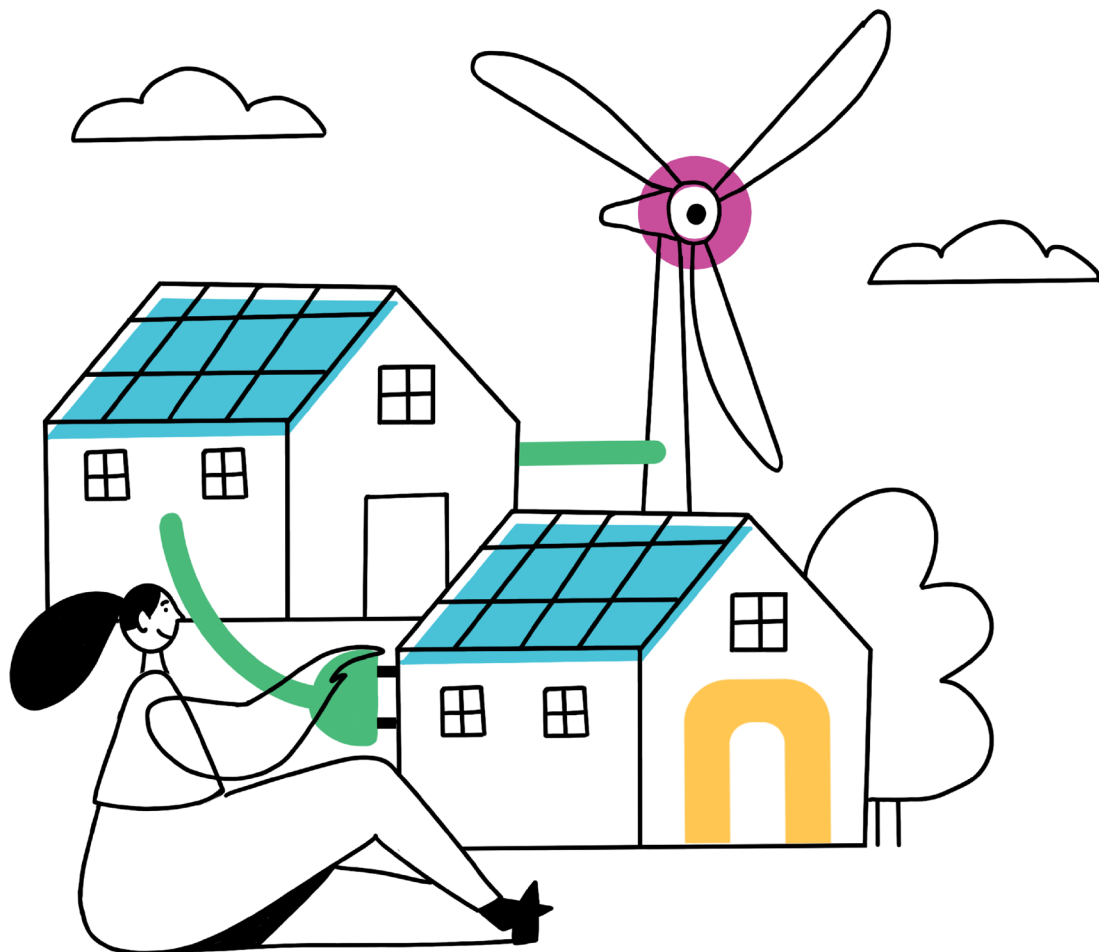
4 Vgl. Kapitel 3 „Methode“ der ENGAGE-Studie.

5 IKEM für P, BBEn für C und euco für W.

Wesentliche Herausforderungen und Hemmnisse für Bürger:innen



Grundsätzlich entstehen Kosten, wenn Bürger:innen an der Energiewende beteiligt werden (sollen). Im Folgenden sind zunächst die wesentlichen Herausforderungen dargestellt, um Bürger:innen zu aktivieren und zu beteiligen. Die Hemmnisse bilden die Grundlage für die ENGAGE-Empfehlungen, welche zur Überwindung ebendieser Hürden beitragen sollen.



Grundlegende Herausforderungen

Bürger:innen, Communities und die Wirtschaft sind mit hohen Anfangsinvestitionen konfrontiert, etwa beim Bau eines Windparks. Dem stehen unfaire Wettbewerbsbedingungen gegenüber durch weiterhin niedrige Kosten für fossile Energieträger und -technologien, welche sozial-innovative EE-Projekte zusätzlich zu den hohen Investitionskosten erschweren. Hinzu treten etwaige Wissenslücken bei allen (potenziellen) Energiewende-Akteuren, insbesondere im Bereich der Bürgerbeteiligung. So mangelt es etwa an Kenntnissen und Erfahrungswerten zu sozial-innovativen Geschäfts- und Beteiligungsmodellen. Mit Wissenslücken

gehen Gewohnheiten einher, deren Änderung einen Mehraufwand erfordern. Ein strategisches Umdenken und Verhaltensänderungen sind in der Politik und öffentlichen Verwaltung sowie (fossilen) Wirtschaft jedoch notwendig, um die bürgergetragene Energiewende zum Erfolg zu führen. Zusätzlich hemmt der bundesweite Personal- und Fachkräftemangel flächendeckend den Erfolg und die soziale Innovationskraft der Energiewende-Akteure. Weiterhin hemmen lokale Konflikte und ein fehlender Flächenzugriff den EE-Ausbau.

Akteure	Kommune	Bundesland	Deutschland	Europäische Union
Bürger:innen, C, W	Hohe Anfangsinvestitionen und Umstellungsaufwand i. V. m. mit fehlendem finanziellen Spielraum			
Bürger:innen, C, W			Unfaire Wettbewerbsbedingungen	
Bürger:innen, C, P, W	Wissenslücken und daraus resultierende höhere Kosten			
Bürger:innen, C, P, W	Gewohnheiten und bekanntes Vorgehen			
C, P, W	Personal- und Fachkräftemangel			
Bürger:innen, C, W	Lokale Konflikte			
Bürger:innen, C, P, W	Fehlender Flächenzugriff			

Tabelle 1: Grundlegende Hemmnisse der Bürgerbeteiligung in der Energiewende nach Governance-Ebenen, eigene Darstellung.

Politik und öffentliche Verwaltung

In der Kommunal-, Landes- sowie Bundespolitik und -verwaltung fehlt oftmals das Bewusstsein über sozial-innovative Akteure und ihre Relevanz für das Vorantreiben der lokalen Energiewende. Dementsprechend fehlen passgenaue Strategien und Politiken zu ihrer Förderung und Unterstützung. Auf kommunaler Ebene fehlt ein Bewusstsein, wie mit lokalen EE-Projekten die wirtschaftliche Situation der Kommune und Bürger:innen, sprich die lokale Wertschöpfung, verbessert werden kann. Auf Bundesebene fehlt weiterhin eine Regelung zur finanziellen Beteiligung von Bürger:innen am EE-Ausbau vergleichbar mit § 6 EEG⁶ zur Kommunal-

beteiligung⁷. Länder und Kommunen sollen teils konfliktionäre bzw. unzureichende Gesetzesreformen des EU- und Bundesgesetzgebers umsetzen.

Ferner trägt der Staat weiterhin zu einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit von EE-Anlagen und -Projekten von sozial-innovativen und klassischen Marktakteuren durch kontinuierliche Subventionen für fossile Energieträger und Anlagen sowie unangepasste Steuer-, Umlagen- und Abgabenregelungen bei.

Communities

Communities werden von (kommunalen) Entscheidungsträger:innen nicht oder unzureichend als sozial-innovative Akteure der Energiewende wahrgenommen. Der Grad ihrer Professionalisierung wird oft unterschätzt. Gleichzeitig mangelt es Communities oft an finanziellen, personellen und fachlichen Ressourcen sowie zeitlichen Kapazitäten, was einer stärkeren Professionalisierung entgegensteht. So werden Aktivitäten wie das Management von Genossenschaften bis hin zum Bau von Wind- oder Solarparks zuweilen von Ehrenamtlichen übernommen. Die Ehrenamtlichen entspringen meist einem speziellen sozio-ökonomischen Kontext, da Faktoren wie finanzielle Ressourcen, Art der Anstellung und Geschlecht einen starken Einfluss auf die

Übernahme von Ämtern oder Aufgaben entfalten. Sprachliche Hürden tragen zu einer homogenen Mitglieder- und Aktivenstruktur von Communities bei.

Aufgrund einer starren Vergabepaxis können Communities nur eingeschränkt von Förderregimen des Bundes, der Länder oder Europäischen Union profitieren, um ihre Aktivitäten fördern zu lassen. Ein weiterhin starres nationales Genossenschaftsrecht sowie die unzureichende Umsetzung von EU-Recht, welches etwa das „Energy Sharing“ ermöglicht, sowie das Fehlen von bundesweit einheitlichen Regelungen einer Beteiligungspflicht von Bürger:innen für Wind- und PV-Freiflächenanlagen erschweren die Tätigkeiten der Communities.

Wirtschaft

Hohe Verwaltungskosten und ein hoher Verwaltungsaufwand für eine finanzielle Bürgerbeteiligung verringern die Bereitschaft von Unternehmen, Bürger:innen als (Klein)investor:innen miteinzubeziehen. Außerdem fehlt wirtschaftlichen Akteuren häufig der direkte Bezug zu Gemeinden oder Regionen, wodurch nur ein geringes Verantwortungsgefühl

für die Kommunalentwicklung bei Unternehmen besteht. Des Weiteren erlaubt es eine fehlende oder nicht anspruchsvolle Bürgerbeteiligungsgesetzgebung wirtschaftlichen Akteuren, die Beteiligung von Bürger:innen zu vernachlässigen.

6 Vgl. Kapitel 3 „Methode“ der ENGAGE Studie.

7 Roman Weidinger und Louis Johns, „Juristische Studie zu Regelungsoptionen für eine verbesserte Bürgerbeteiligung am EE-Ausbau auf Bundesebene“ (Berlin: IKEM, 2023).

ENGAGE

Empfehlungen

Politik und Öffentliche Verwaltung
Communities
Energiewirtschaft

Zwar stehen Bürger:innen und sozial-innovative Akteure zahlreichen Beteiligungshürden gegenüber, allerdings können diese durch konkrete Maßnahmen überwunden werden. Nachfolgend soll erörtert werden, wie beteiligungswillige und -fähige Bürger:innen in der Annahme und Wahrnehmung von Beteiligungsangeboten unterstützt werden können. In anderen Worten: **Wie können Bürger:innen und sozial-innovative Zusammenschlüsse in ihrer Rolle als Energiewendebeschleuniger:innen und Multiplikator:innen der lokalen Energiewende gestärkt werden?**

Wir formulieren Empfehlungen, wie Soziale Innovationen, Bürgerbeteiligung und gesellschaftliches Engagement in der deutschen Stromwende gefördert werden können. Die Empfehlungen und Ansatzpunkte richten sich an Treiber und Katalysatoren der Transformation: den rahmensetzenden Gesetzgeber, die öffentliche Verwaltung sowie die sozial-innovativen und sonstigen Wirtschaftsakteure. Wir konzentrieren uns dabei auf Maßnahmen, die die Kommunen, Communities und Energiewirtschaftsakteure ergreifen und umsetzen können, um einen niedrighürden (digitalen) Zugang zu (finanziellen) Beteiligungsangeboten zu schaffen.

Für einen tabellarischen Überblick der Beteiligungshemmnisse sowie Lösungs- und Bearbeitungsstrategien verweisen wir auf den Anhang.



Politik und öffentliche Verwaltung

Alle politischen Akteure haben die gesellschaftliche Akzeptanz und Trägerschaft der Energiewende voranzutreiben. Die dezentrale Energiewende betrifft vielfältige Rechtsbereiche, die vor allem der nationale und unionale Gesetzgeber regeln. Das Zusammenspiel verschiedener Regelungsebenen (Europäische Union, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene) wird als Mehrebenensystem bezeichnet. Für alle deutschen Governance-Ebenen schlagen wir Maßnahmen zur Förderung der sozialen Innovationskraft der Bürger:innen vor.

Wenngleich die ENGAGE Studie und die Empfehlungen vornehmlich die deutsche Politik und Verwaltung adressieren, soll nicht unerwähnt bleiben, dass der europäische Gesetzgeber mit seiner „energy for all“-Politik und bürger:innennahen Gesetzgebung ein Katalysator für Soziale Innovationen in der Energiewende und die Bürgerenergie ist. Sowohl die Förderprogramme als auch relevante

Richtlinien und Verordnungen, beispielsweise zum Energy Sharing in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie II (RED II)⁸ oder der Novelle der Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinie (EMD)⁹ bieten Anlass zur Reform des deutschen EE-Rechts und Strommarktdesigns. Ein bedeutendes Klimaschutzinstrument ist ebenfalls der europäische Emissionshandel für die Sektoren Kraftwerke und Industrie, ergänzt durch den deutschen Emissionshandel für den Gebäudesektor. Hierdurch werden Umweltschäden bei der Stromproduktion und dem Verbrauch eingepreist.

Die folgenden Schlüsselempfehlungen richten sich an die Kommunen, die Bürgerbeteiligung, sozial-innovative Akteure und Wertschöpfung vor Ort gezielt stärken können. Auf Landes- und Bundes-Ebene steht vor allem die Frage im Raum, wie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für partizipative Projekte verbessert werden können.

Kommunen

Gegenständlich ist die Frage, wie die Lokalpolitik und die Verwaltung(spraxis) weiterentwickelt werden kann, um Bürger:innen effektiver an der Energiewende vor Ort parti-

zipieren zu lassen. Wir empfehlen für die Gemeinden und Landkreise folgendes:

PKP.1.1 Förderung von (analoger und digitaler) Vernetzung, Kollaboration und Transfer mit lokalen (sozial-innovativen) Akteuren

Kommunen können physische und digitale Begegnungs- und Diskursräume schaffen, z. B. über Onlineplattformen, sodass sich Vorhabenträger, Entscheidungsträger:innen und aktive

und/oder organisierte Bürger:innen außerhalb formeller Verfahren austauschen und voneinander lernen können.

PKP.2.1 Angebot von Information, Beratung und Wissenstransfer zur Bürgerbeteiligung

Kommunen können auf analogen und digitalen Wege, z. B. über ihre Webseiten, grundsätzliche Informationen zur Bürgerbeteiligung anbieten und über laufende Verfahren

informieren, sodass Bürger:innen rechtzeitig informiert werden und sich tatsächlich (finanziell) beteiligen können.

PKP.2.2 Entwicklung von kommunalen Leitlinien zum frühzeitigen Einbezug von Bürger:innen und ihrer Organisationen bei der Projektentwicklung

Die Kommunen sollten gemeinsam mit den Bürger:innen Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Projekten auf Kommunalgebiet entwickeln. Wir empfehlen Akteure, die für die formelle Beteiligung zuständig sind, in die Planung informeller Beteiligung einzubeziehen. Zusätzlich sollte eine Verpflichtungserklärung mit den Vorhabenträgern

abgeschlossen werden, die beinhaltet, dass die Ergebnisse der informellen Beteiligung in das formelle Verfahren eingespeist werden. Dies setzt voraus, dass der Beteiligungsprozess in die Gesamtplanung so integriert ist, dass Anpassungen noch möglich sind und ein Anschluss an die formelle Beteiligung möglich ist.

8 Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

9 Richtlinie (EU) 2024/1711 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinien (EU) 2018/2001 und (EU) 2019/944 in Bezug auf die Verbesserung des Elektrizitätsmarktdesigns in der Union.

PKP.3.1 Förderung und Beauftragung von lokalen Akzeptanzumfragen, -stimmungsbildern oder -studien

Kommunen können Hochschulen, Fachhochschulen oder Dritte aus der Region mit der Durchführung von Umfragen, Stimmungsbildern und Studien beauftragen, um ein realistisches Bild der lokalen Akzeptanz zu geplanten und gebauten Energieprojekten zu erhalten.

PKP.3.2 Förderung der Wissenschaftskommunikation zu lokalen Akzeptanzfaktoren

Liegen Forschungsergebnisse zu lokalen Akzeptanzfaktoren zu EE-Anlagen vor, sind diese adressatengerecht auf digitalen und analogen Wegen an die Vorhabenträger und Einwohner:innen zu verbreiten.

PKW.1.1 Schaffung institutioneller Voraussetzungen, um von den Förderprogrammen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder zu profitieren

Vor allem der Bund und die Europäische Union stellen umfangreiche finanzielle Mittel für Kommunen bereit, um die lokale Energiewende zu beschleunigen. Die Kommunen sollten Stellen und/oder Abteilungen schaffen, die zentralisiert und standardisiert Mittelakquise betreiben.

PKW.1.2 Allianzbildung und Kooperation mit lokalen Change Agents

Kommunalpolitische und kommunale Vertreter:innen sollten mit aktiven und/oder organisierten Bürger:innen Allianzen bilden und kooperieren, sodass das transformative Potenzial für die lokale Energiewende voll ausgeschöpft wird. Die aktiven Bürger:innen, Initiativen, Kooperationen, Energiegemeinschaften und -genossenschaften sollen in energiebezogene Verfahren und Entscheidungen eingebunden und infrastrukturell so befähigt und gefördert werden, damit sie als sogenannte Change Agents, d.h. als Personen vor Ort wirken können, die Innovationen und Veränderungen im persönlichen, organisatorischen, wirtschaftlich-technologischen oder politisch-sozialen Bereich hervorbringen. Sie können in erheblichem Maße Bürgerkapital für (kommunale) EE-Projekte generieren. Um Eigenkapital für das Energieprojekt vor Ort zu sammeln, können zur professionellen Begleitung und Moderation externe Dienstleister herangezogen werden.

PKW.2.1 Einrichtung eines Bürger:innenfonds

Die Beteiligung der Bürger:innen ist mit personellem und finanziellem Aufwand verbunden. Diese können durch einen Bürger:innenfonds bestritten werden, der sich beispielsweise aus den Einnahmen der (landesgesetzlich vorgesehenen) Kommunalbeteiligung an EE-Anlagen speist.

PKR.1.1 Zusätzliche Einstellung von und rechtliche Qualifizierung der kommunalen Mitarbeitenden

Aufgrund der dynamischen Rechtsentwicklung im EE-Bereich und des Beteiligungsrechts auf den höheren Governance-Ebenen, sind kommunale Mitarbeitende rechtlich zu qualifizieren oder bereits qualifizierte zusätzlich einzustellen.

PKT.1.1 Schaffung unabhängiger und niedrigschwelliger Informationsangebote und Kapazitätsaufbau zu EE-Technologien im lokalen Kontext

Vorbehalte und negative Haltungen von Bürger:innen gegenüber EE-Anlagen lassen sich über aufsuchende und niedrigschwellige Informationen und technisches Wissen ausräumen. Kommunen können wichtige Aufklärungsarbeit auch in Zusammenarbeit mit Energieagenturen leisten, beispielsweise im Rahmen der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren oder bei sonstigen kommunalen Anlässen.

PKT.1.2 Schaffung von offenen Diskursräumen sowie Kapazitätsaufbau über lokale Energieversorgung und Netze

Häufig fehlt in der Bürgerschaft ausreichend technisches Grundwissen zu EE-Anlagen und zur Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien, sodass falsche Behauptungen diskursprägend sein können. Kommunen können digitale und

analoge Diskursräume schaffen, die gleichzeitig über Energietechnik informieren und die formellen (Beteiligungs-) Verfahren entlasten.

PKT.2.1 Investition in die Digitalisierung der Verfahren und Kommunalverwaltung

Kommunen können Online-Plattformen und Webseiten aufsetzen und Onlinekonsultationen anbieten, sodass die Beschleunigungspotentiale digitalisierter Verfahren und Verwaltung voll ausgeschöpft werden.¹⁰ Hierbei ist

das Verwaltungspersonal zu schulen. Bei der finanziellen Bürgerbeteiligung können externe Dienstleister in Anspruch genommen werden.

PKT.2.2 Kombination von digitalen und analogen Beteiligungsformaten

Analoge Beteiligungsverfahren wie z. B. Bürgerabende können durch digitale Tools und hybride Elemente ergänzt

werden, sodass unterschiedliche Gruppen partizipieren können, unter anderem Frauen und Sorgearbeitleistende.

PKS.1.1 Niedrigschwellige Einbindung der Angebote in Bildungs-, Arbeits- und Lebenskontexte

Informations- und (finanzielle) Beteiligungsangebote zu lokalen EE-Projekten sollten in den Arbeits-, Bildungs- und Lebensalltag integriert werden, z. B. bei Behördengängen,

Stadtteil- oder Dorffesten, sodass Bürger:innen mit Energiethematen und Beteiligungsangeboten erreicht werden.

PKS.1.2 Sichtbarmachung der Angebote in verständlicher Sprache

Informationen zu EE-Anlagen und Bürgerbeteiligung sollten in verständlicher Sprache formuliert werden, sodass auch

Zielgruppen ohne rechtliche oder technische Expertise erreicht werden.

PKS.1.3 Sichtbarmachung der Angebote je nach lokalem Kontext in verschiedenen Sprachen

Informations- und Beteiligungsangebote sind je nach lokalem Kontext auch in Minderheiten- und/oder lokal üblichen

Kommunikationssprachen anzubieten, sodass breitere Bevölkerungsteile erreicht werden.

PKS.1.4 Einbindung lokaler Presse und (digitaler) Medien

Lokalpresse und (digitale) Medien können im Schulterschluss über lokale Informations-, Engagement- und Beteiligungsangebote informieren und breite Bevölkerungsteile erreichen.

¹⁰ Vgl. Unabhängiges Institut für Umweltfragen – UfU e.V., „Ein Praxisleitfaden zur digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung“, Digitale Beteiligung souverän gestalten, 27. März 2024, <https://www.digitale-beteiligung-gestalten.de/a/das-projekt/>.

PKS.2.1 Förderung politischer Bildungsarbeit zu Demokratie und Bürgerbeteiligung

Die Bürgerbeteiligung an der kommunalen Energieversorgung berührt Fragen des kommunalen Zusammenlebens und der demokratischen Entscheidungsfindung vor Ort. Mit Hilfe aufsuchender politischer Bildungsarbeit zu de-

mokratischen Verfahren sollten Bürger:innen in die Lage versetzt werden, ihre demokratischen Grundrechte auch in Energiefragen wahrzunehmen.

PKS.2.2 Stärkung von informellen Beteiligungsformaten vor Ort zur Energiewende

Informelle Beteiligungsverfahren sind zwar nicht gesetzlich angeordnet, doch können sie vor Ort eine befriedende Funktion in Energie- und Gemeinschaftsfragen bewirken,

sodass (EE-)Projekte schneller realisiert werden können. Schnellere Verfahren sparen Ressourcen auf Kommunal- und Vorhabenträgerseite.

PKS.3.1 Zielgruppengerechte Wissenschaftskommunikation in verständlicher Sprache und über relevante Kommunikationskanäle

Wissen und Informationen sollten zielgruppengerecht aufbereitet werden, sodass sie einen barrierearmen Zugang zur Thematik ermöglichen. Insbesondere Frauen und jüngere Zielgruppen, die positivere Haltungen und Einstel-

lungen gegenüber lokalen EE-Anlagen aufweisen, sollten stärker über digitale und analoge Kommunikationskanäle adressiert werden.

PKS.3.2 Etablierung von positiven und individuellen Energiewendenarrativen vor Ort

Kommunale Mitarbeitende und politische Entscheidungsträger:innen sind diskursprägend. Sie sollten positive und individuelle Energiewendenarrative vor Ort etablieren oder

stärken. Die Narrative sollten insbesondere für Frauen und jüngere Zielgruppen relevant sein.

PKS.4.1 Schaffung offener Diskursräume über die Gestaltung des Gemeinwesens, insbesondere (inter-)kommunaler Energieversorgung und Zusammenarbeit

Oftmals werden gesellschaftliche Konflikte rund um die Energieversorgung im Rahmen einzelner Planungs- oder Genehmigungsverfahren ausgetragen. Bietet die Kommune alternative Diskursräume zur Gestaltung des Gemeinwesens, der (inter)kommunalen Energieversorgung und Zusammen-

arbeit an, z. B. über Zukunftsdialoge, können für Konflikte außerhalb formeller Verfahren passende Lösungen gefunden werden, die dann in das formelle Verfahren einfließen können. In der Folge können EE-Anlagen schneller genehmigt und (mit finanzieller Bürgerbeteiligung) umgesetzt werden.

Bundesländer

Einige deutsche Länder stellen Soziale Innovationen und gemeinwohlorientiertes Unternehmertum verstärkt in den Fokus ihrer Landespolitik.¹¹ Gegenständlich ist die Frage, wie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen

für partizipative Projekte im Bundesland verbessert werden können. Unsere Empfehlungen für die Landespolitik und -verwaltung lauten wie folgt:

PLR.1.1 Verabschiedung von Beteiligungsgesetzen oder deren Reform

Wenn und solange der Bundesgesetzgeber keine oder eine unzureichende finanzielle Bürgerbeteiligungsregelung bei

Wind- oder Solarparks vorsieht, können die Länder eigene Regelungen treffen. Diejenigen Bundesländer, die bisher

11 Vgl. energiepolitische Programmatik der untersuchten Bundesländer in Kapitel 4.2 „Länderumfeld von sozial-innovativen Akteuren“ der ENGAGE-Studie; siehe auch Freie und Hansestadt Hamburg, „Social-Entrepreneurship-Strategie“, 2023, <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/bwi/projekte-und-initiativen/social-entrepreneurship-strategie-201764>.

über keine Beteiligungsregelungen verfügen, sollten diese erlassen. Eine Reform bestehender Beteiligungsgesetze einiger Bundesländer, effiziente (digitale) Beteiligungsverfahren durchzuführen, ist erstrebenswert.

PLR.2.1 Förderung und Unterstützung von professionellen Beteiligungsverfahren für Kommunen und Vorhabenträger

Die Landesbehörden sollten (Beteiligungs)Verfahren entweder selbst mit Personal unterstützen oder Dritte damit beauftragen (z. B. Landesenergieagenturen). Diese können z. B. Veranstaltungen vor Ort moderieren oder (digitale) Schulungen zur finanziellen Bürgerbeteiligung anbieten.

PLR.2.2 Vereinfachung von Bürgerbeteiligungsverfahren

Der Landesgesetzgeber kann Verfahrensabläufe und -erfordernisse soweit anpassen, dass Beteiligungsverfahren digital durchgeführt werden können, sodass die finanzielle Beteiligung einfacher für die Bürger:innen wird, z. B. über zentrale Onlineplattformen.

PLR.3.1 Einstellung und rechtliche Qualifizierung der ministerialen und behördlichen Mitarbeitenden

Die Länder haben die umfangreichen Gesetzesreformen des Bundes und der Europäischen Union im EE-Bereich auf Landesebene zu implementieren. Hierfür sind zusätzliche personelle Kapazitäten zu schaffen, beispielsweise über zusätzliche Einstellungen von Mitarbeitenden, vor allem von „digital natives“, die sowohl das materielle Recht umsetzen als auch zur Digitalisierung von Verfahren beitragen können.

PLP.1.1 Beschluss von Strategien und Politiken, die sich an der nationalen sozialen Innovationsstrategie orientieren

Da Landesstrategien und -politiken zur Förderung von Sozialen Innovationen und gemeinwohlorientiertem Unternehmertum für den Energiesektor in den Ländern fehlen oder unzureichend sind, kann der Landesgesetzgeber seine eigene, die Bundesstrategie vom 13. September 2023¹² ergänze Strategie und Politik erlassen und verfolgen.

PLP.1.2 Integration Sozialer Innovationen in die Bildungsarbeit zur nachhaltigen Entwicklung bzw. transformative Bildung

Um die Bekanntheit von und das Verständnis zu Sozialen Innovationen und ihr transformatives Potenzial im Energiesektor zu nutzen, sind sie in die schulische und außerschulische BNE-Arbeit zu integrieren.

PLP.2.1 Förderung der Akzeptanzforschung mit Landesmitteln

Um der oftmals verzerrten oder fehlenden Wahrnehmung der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz von EE-Anlagen entgegenzuwirken, ist die Akzeptanzforschung verstärkter mit Landesmitteln zu fördern. Die lokale Akzeptanz von EE-Anlagen ist hochgradig kontextabhängig. Zugleich stehen nur begrenzte Forschungsmittel für die Erforschung von Akzeptanzfaktoren und -maßnahmen inklusive deren Wirkungsmessung aus EU- und Bundesmitteln zur Verfügung.

PLP.2.2 Förderung der Wissenschaftskommunikation rund um Akzeptanzfaktoren mit

12 Bundesministerium für Wirtschaft und Klima und Bundesministerium für Bildung und Forschung, „Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen“, 2023, https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/nationale-strategie-soziale-innovationen-gemeinwohlorientierte-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=22.

Landesmitteln

Die Länder können Mittel zur Förderung der Wissenschaftskommunikation rund um die Themen EE-Anlagen, Bürgerbeteiligung und Soziale Innovationen im Energiesektor bereitstellen, sodass das transformative Potenzial von Sozialen Innovationen für die Energiewende ausgeschöpft wird.

PLT.1.1 Investition in die Digitalisierung und Standardisierung der Verfahren und Landesverwaltung

Damit Bürger:innen am Ausbau von EE-Anlagen effektiv partizipieren können, sind (Beteiligungs-)Verfahren zu digitalisieren und zu standardisieren. Eine digitale Verwaltung kann Verfahren beschleunigen und vereinfachen, sodass sich Bürger:innen barrierearm finanziell an EE-Projekten beteiligen können.

PLT.1.2 Förderung von Bildungsangeboten und des Austausches für Behördenpersonal zur digitalen Unterstützung von Planungsprozessen

Um die digitale Beteiligung von Bürger:innen souverän zu gestalten, ist Behördenpersonal, insbesondere der Planungs- und Genehmigungsbehörden, zu schulen und der innerbehördlicher Austausch zu fördern.

Bund

Auf bundespolitischer Ebene hat die aktuelle Bundesregierung¹³ die Bedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich mit zahlreichen Gesetzesänderungen¹⁴, energie(wirtschaftlichen) Strategien¹⁵ und Politiken¹⁶ sowie Förderprogrammen¹⁷ deutlich verbessert und bereits merklich beschleunigt. Infolgedessen haben sich auch für Bürgerenergiegemeinschaften (BEGs) die Bedingungen vereinfacht, EE-Anlagen zu errichten. Gleichzeitig fehlt ein strategischer und konsistenter Ansatz, sozial-innovative Akteure als zentrale Partner für die lokale Energiewende zu unterstützen, die die aktive Bürgerbeteiligung als wichtiges demokratisches Element fördern.

Die Bundesregierung bzw. das Bundeswirtschaftsministerium hat im Laufe der Legislaturperiode zahlreiche Strategien inklusive Ziele und Maßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden dann breit mit den Stakeholdern konsultiert und im Anschluss von den Ministerien Gesetzesänderungen formuliert oder Förderprogramme aufgelegt oder verändert. Wir empfehlen und unterstützen einen ähnlich gelagerten und partizipativen Prozess, um eine Soziale Innovationsstrategie für den Energiesektor zu entwickeln.

Wir empfehlen dem Bundesgesetzgeber, die Bedingungen für sozial-innovative Akteure und Praktiken im Energiesektor wie folgt zu verbessern:

PBW.1.1 Schaffung von sozial-innovativen und gemeinwohlorientierten Gründungs- und Unterstützungsstrukturen

Die Bundesregierung und das Bundeswirtschaftsministerium sollten die in der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen der Bundesregierung beschriebenen Maßnahmen, unter

anderem das Gründungsprogramm EXIST-Women, umsetzen, um Gründungs- und Unterstützungsstrukturen auch für sozial-innovative Energiewendeakteure zu stärken.¹⁸

PBW.1.2 Förderung von bedarfsgerechten öffentlichen Förderinstrumenten, -strukturen und -kulturen sowie Finanzierungsmodellen

Die ebenfalls in der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen beschriebenen Maßnahmen, die einerseits die staatliche Förderung

von Sozialen Innovationen verbessern und andererseits innovative Finanzierungsmodelle für wirkungsorientierte Akteure bieten, sind umzusetzen.¹⁹ Im Besonderen ist der

13 Vgl. SPD, Bündnis90/Die Grünen, und FDP, „Koalitionsvertrag 2021-2025“, MEHR FORTSCHRITT WAGEN - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit (Berlin, 2021).

14 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist; Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023); Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist.

15 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, „Windenergie-an-Land-Strategie“, zugegriffen 4. September 2024, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/windenergie-an-land-strategie.html>; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, „Photovoltaik-Strategie“, zugegriffen 4. September 2024, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/photovoltaik-strategie-2023.html>; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, „Die Systementwicklungsstrategie: Ein Rahmen für die Transformation zum klimaneutralen Energiesystem“, zugegriffen 4. September 2024, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/ses.html>; Bundesministerium für Bildung und Forschung, „Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie - BMBF“, Bundesministerium für Bildung und Forschung - BMBF, zugegriffen 4. September 2024, <https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2023/230726-fortschreibung-nws.html>.

16 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, „Das Solarpaket I im Überblick“, zugegriffen 4. September 2024, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/solarpaket-im-ueberblick.html>.

17 Z. B. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, „'Bürgerenergiegesellschaften' bei Windenergie an Land“, Wirtschaft - Beratung & Finanzierung, zugegriffen 15. Februar 2024, https://www.bafa.de/DE/Wirtschaft/Beratung_Finanzierung/Buergerenergiegesellschaften/buergerenergiegesellschaften_node.html; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, „Neues Förderprogramm für Gemeinwohlorientierte Unternehmen“, zugegriffen 4. September 2024, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/foerderprogramm-gemeinwohlorientierte-unternehmen.html>.

18 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klima und Bundesministerium für Bildung und Forschung, „Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen“, 18–21.

19 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klima und Bundesministerium für Bildung und Forschung, 28–37.

„Social Impact Fonds“ zeitnah aufzusetzen, der gemeinwohl-orientierte Soziale Innovationen fördern soll.

Gleichermaßen sollte das Bundeswirtschaftsministerium das BAFA-Förderprogramm Bürgerenergiegesellschaften ausweiten²⁰, das bei der Planung und Genehmigung von Projekten zur Stromerzeugung aus Windenergie an Land unterstützt. Abgesehen von den vor kurzem eingeführten Verbesserungen, sollte das Programm mindestens auf PV-Freiflächenanlagen ausgeweitet werden. Im Programm sollten zudem Personalkosten von BEGs gefördert werden, die sich gegenüber etablierten überregionalen Akteuren behaupten müssen. Vor allem in der risikobehafteten Vorentwicklungsphase der Projektplanung ist ein hoher Aufwand von Risikokapital, Personalressourcen und Knowhow notwendig, welche BEGs, anders als überregionale Pro-

jektierungsunternehmen, aufgrund der Ehrenamtlichkeit, der zu geringen Eigenkapitalausstattung und der lokalen Begrenzung im Normalfall nicht über mehrere Projekte verteilen können.

Für den EE-Ausbau sind massive Investitionen notwendig. Gerade kleinere Akteure kämpfen mit Blick auf die gestiegenen Zinssätze immer mehr mit der Akquisition von Fremdkapital zur Realisierung neuer Projekte. Der Gesetzgeber sollte hier über die Einrichtung eines bundesweiten Bürgerschaftsprogrammes unterstützend aktiv werden. Als gute Vorlage kann ein in Schleswig-Holstein²¹ im Zuge eines Nachhaushaltsgesetzes vorgestelltes Bürgerschaftsprogramm für die Unterstützung von Investitionen in klimaneutrale Wärmenetze dienen. Bei solchen Programmen sollten BEGs explizit berücksichtigt werden.

PBW.2.1 Reduzierung von Entgelten und bürokratischen Hürden für regionale und lokale Stromlieferung

Zurzeit sind Tarife für regional und/oder lokal erzeugten EE-Strom in der räumlichen Nähe nicht immer wettbewerbsfähig mit bundesweiten Graustromtarifen. Um Regional- und Lokalstromtarifen wettbewerbsfähig zu gestalten, sollten bürokratische Anforderungen an örtliche Stromlieferanten und

Entgelte reduziert werden. Sozial-innovative Energiekonzepte wie Mieterstrom, gemeinschaftliche Gebäudeversorgung, erneuerbare Regional- und Lokalstromtarife oder das Energy Sharing können sich dann besser am Markt durchsetzen.

PBW.3.1 Subventionsabbau fossiler Anlagen und Energieträger

Um Wettbewerbsnachteile für EE-Strom zu verringern, sind staatliche Subventionen für fossile Brennstoffe und Kraftwerke zu reduzieren. Der Abbau von Subventionen entlastet die Staatskasse und schafft einen fairen Wettbewerbsrahmen für

erneuerbare Energien. BEGs würden davon profitieren, da ihr EE-Strom wettbewerbsfähiger und so die Vermarktung in das Energiesystem erleichtert wird.

PBR.1.1 Finanzielle Beteiligungsregelung der Bürger:innen am EE-Ausbau

Damit Bürger:innen von EE-Projekten in ihrem Wohnumfeld profitieren können, sollte ein verpflichtender Mindeststandard für die Beteiligung von Bürger:innen vergleichbar mit

der Kommunalbeteiligung in § 6 EEG eingeführt werden. Die Länder dürfen den Standard über-, aber nicht unterschreiten.

PBR.2.1 Flexibilisierung des Genossenschaftsrechts

Viele BEGs sind als Genossenschaft organisiert. Ein starres Genossenschaftsrecht erschwert allerdings die Gründung und das Management von Energiegenossenschaften. So ist es z. B. aktuell nicht möglich, digital Mitglied einer Ge-

nossenschaft zu werden, eine Genossenschaft zu gründen und im Genossenschaftsregister einzutragen. Diese digitalen Möglichkeiten sollten geschaffen werden.

20 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, „Bürgerenergiegesellschaften‘ bei Windenergie an Land“.

21 Schleswig-Holsteinischer Landtag, „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023“, 2023, <https://e-lissh.landtag.ltsh.de/portal/browse.tt.html>.

PBP.1.1 Beschluss einer Bürgerenergie-Strategie

Die Bundesregierung sollte eine Bürgerenergie-Strategie erarbeiten, in der sie ihre Ziele zur Förderung der Bürgerenergie in der Energiewende und die dafür erforderlichen Maßnahmen festlegt. Nach einer Konsultation der Strategie mit den Stakeholdern sollte sie die erforderlichen Maßnahmen zeitnah umsetzen.

PBP.1.2 Ausbau der Forschung zu Sozialen Innovationen in der Energiewende inklusive gesellschaftlicher Wirkungsmessung

Damit die Wahrnehmung von Sozialen Innovationen und gemeinwohlorientierten Organisationen im Energiebereich gestärkt wird, sollte die in der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen beschriebene Forschungsförderung²² sich explizit auf den Energiesektor erstrecken.

PBP.1.3 Ausbau internationaler und europäischer Zusammenarbeit zu Sozialen Innovationen im Energiebereich

Der in der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen beschriebene Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollte vorangetrieben werden,²³ um in Deutschland die Rolle von Sozialen Innovationen im Energiesektor zu stärken. In anderen EU-Ländern gelten weitaus stimulierende Gesetze (z. B. Österreich, Portugal, Spanien oder Italien). Die Bundesregierung sollte den innereuropäischen Austausch und Wissenstransfer nutzen, um von den europäischen Best-Practice-Erfahrungen zu lernen.

PBP.2.1 Förderung der Akzeptanzforschung mit Bundesmitteln

Um der oftmals verzerrten oder fehlenden Wahrnehmung der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz von EE-Anlagen entgegenzuwirken, sind weiterhin Mittel des Bundes für die Akzeptanzforschung bereitzustellen. Insbesondere das Bundesforschungs-, -wirtschafts- und Umweltministerium sollte die Erforschung von Akzeptanzfaktoren und Maßnahmen zur Akzeptanzförderung inklusive deren wissenschaftlich fundierte Wirkungsmessung bereitstellen. Ferner sind die Ergebnisse in die Umsetzung zu bringen, etwa durch gesetzliche Regelungen oder Strategien (siehe PBR.1.1 und PBP.1.1).

PBP.2.2 Förderung der Wissenschaftskommunikation mit Bundesmitteln

Der Bund sollte Mittel zur Förderung der Wissenschaftskommunikation rund um die Themen dezentrale Energieversorgung, EE-Anlagen, Bürgerbeteiligung und Soziale Innovationen im Energiesektor bereitstellen, sodass das transformative Potenzial von Sozialen Innovationen für die lokale Energiewende voll ausgeschöpft wird.

PBT.1.1 Investition in die Digitalisierung und Standardisierung der Verfahren und Bundesverwaltung

Fehlende oder mangelhafte barrierearme digitale Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung zur Beteiligung der Bürger:innen stellen ein wesentliches Beteiligungshemmnis dar, das es zu überwinden gilt. Damit Bürger:innen am Ausbau von EE-Anlagen vor Ort partizipieren können, sind (Beteiligungs-)Verfahren zu digitalisieren und zu standardisieren. Eine digitale Verwaltung kann Verfahren der Bundesbehörden beschleunigen und vereinfachen, sodass sich Bürger:innen insbesondere barrierearm finanziell beteiligen können.

22 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klima und Bundesministerium für Bildung und Forschung, „Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen“, 38f., 42f.

23 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klima und Bundesministerium für Bildung und Forschung, 46f.

PBT.1.2 Förderung von Bildungsangeboten und des Austausches für Behördenpersonal zur digitalen Unterstützung von Planungsprozessen

Um die digitale Beteiligung von Bürger:innen souverän zu gestalten, sind Beschäftigte der Bundesbehörden, insbe-

sondere der Planungs- und Genehmigungsbehörden, zu schulen und der inneramtliche Austausch zu fördern.

Communities

Communities oder Bürgerenergiegemeinschaften sind Zusammenschlüsse von Bürger:innen, die gemeinsam Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien realisieren. Die Motivation dafür ist, die lokale Energieversorgung zu fördern und auf nachhaltige Weise zu gestalten, damit die Menschen von umweltfreundlichen Energiequellen profitieren. Die Bildung solcher Gemeinschaften ermöglicht eine partizipative und

dezentrale Energieerzeugung, sodass Bürger:innen aktiv an der Energiewende vor Ort teilnehmen und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung stärken können. Zu diskutieren ist, wie Communities einen niedrighschwelligen Zugang zu (finanziellen) Beteiligungsangeboten für Bürger:innen schaffen können. Weiterhin ist zu umreißen, wie Communities ihre Beteiligungsangebote verbessern können.

CP.1.1 Verbreitung kommunaler Leitlinien zum frühzeitigen Einbezug von BEGs bei der Flächenvergabe

Die Flächenakquise ist ein essentieller und anspruchsvoller Bestandteil bei der Projektierung von EE-Anlagen. Die Entwicklung bzw. die Nutzung von Leitfäden für die strategische Flächenakquise, inklusive Stakeholderanalyse und Argumentationsleitfaden, kann den Abschluss von Übereinkommen mit Eigentümer:innen für die Nutzung von Flächen durch

BEGs erleichtern. BEGs können Kommunen auf Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung aufmerksam machen oder proaktiv eigene Leitlinien vorlegen. So könnte beispielsweise festgelegt werden, dass kommunale Flächen zuerst BEGs angeboten werden.

CP.2.1 Durchführung von Aufklärungs- und Motivationskampagnen für Kommunen über das Potential von BEGs

Potenziale und Chancen für die Gemeinde, die Region und die Anwohner:innen, die eine Zusammenarbeit mit bzw. die Gründung einer BEG mit sich bringen, sind oft nicht hinreichend bekannt in der lokalen Politik bzw. Kommunalverwal-

tung. Durch lokale Aufklärungs- und Motivationskampagnen können BEGs die Kommunen über das Potential von BEGs für die lokale Energiewende und Wertschöpfung informieren.

CP.2.2 Vertretung der BEG-Interessen durch Landes- und Bundesnetzwerke

Um als bedeutender Akteur der Energiewende in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wahrgenommen zu werden, sollten BEGs Interessenvertretungen oder Dachverbänden auf Landes- und Bundesebene beitreten. Relevante Lobbyingaktivitäten des Dachverbandes, die sich förderlich auf die Aktivitäten von BEGs auswirken können, betreffen etwa die Forderung von Bürgerenergie-Förderprogrammen oder Bürgerenergiefonds mit mittelfristiger Personalfinanzierung, die Reduzierung bürokratischer Aufwände oder Anpassungen einschlägiger Gesetze, z. B. rund um Genossenschaften und um eine bundeseinheitliche finanzielle Beteiligungsregelung für Bürger:innen beim EE-Ausbau, Ausnahmeregelungen von Ausschreibungen oder die Implementierung des europäischen Energy Sharing-Modells in Deutschland.

BEGs wünschen sich seit Langem ein Strommarktdesign, das zulässt, dass BEGs Mitglieder mit eigenem Strom beliefern können (sogenanntes Energy Sharing).

Ferner können Dachverbände Forschungsaufträge und Gutachten vergeben oder selbst Forschungsprojekte durchführen, dessen Forschungsergebnisse BEGs zu Gute kommen, zum Beispiel werden im EU-LIFE Projekt „ACCE: Access to Capital for Community Energy“²⁴ innovative und kollektive Finanzierungsinstrumente für Energiegemeinschaften entwickelt, d.h. sogenannte Community Energy Financing Schemes (CEFS) als erfolgreiche Finanzierungskonzepte erstellt. Ziel ist es, nationale und regionale Fonds aufzusetzen, um das Wachstum lokaler Projekte zu unterstützen.

24 Bündnis Bürgerenergie e. V., „BBEn: ACCE“, BBEn - Bündnis Bürgerenergie e.V., zugegriffen 2. September 2024, <https://www.buendnis-buergerenergie.de/projekte/acce>.

CW.1.1 Aufbau von haupt- und nebenberuflichen Stellen bei BEGs

Die Schaffung von haupt- und nebenamtlichen Strukturen ist ein elementarer Baustein zur Professionalisierung, damit BEGs ihr volles Potential ausschöpfen können. Mit

hauptamtlichem Personal kann eine BEG mehr und größere EE-Projekte in kürzerer Zeit realisieren.

CW.1.2 Erhöhung des Professionalisierungsgrads von BEGs durch Beratung

In Deutschland bieten Vereine, wie zum Beispiel im Beratungsnetzwerk Vision Bürgerenergie, und diverse Genossenschaftsverbände Beratungen zur Gründung von BEGs bzw. zur Organisationsentwicklung und Professionalisierung bestehender BEGs mit dem Blick auf die diversen Ge-

schäftsmodelle an. BEGs sollten diese Angebote nutzen, um Strategien zu entwickeln, wie zusätzliche Kapazitäten und Fachkompetenz zur Anlagenplanung intern geschaffen werden können.

CW.2.1 Kooperation mit anderen regionalen BEGs

Um Projekte mit größerem finanziellem Volumen zu stemmen, kann eine Kooperation mehrerer regionaler BEGs eine Lösung sein, indem sowohl finanzielle Mittel als auch interne

Strukturen, das heißt Personal, dessen Knowhow und Netzwerke, zur Projektrealisierung gemeinsam genutzt werden.

CW.2.2 Kooperation von BEGs mit etablierten (über)regionalen Akteuren

Aufgrund der zum Teil eingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit von BEGs gegenüber größeren Unternehmen am Markt können Kooperationen mit etablierten (über)regionalen Akteuren, wie Projektentwicklern, hilfreich sein. Hier ist ein möglichst vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Ko-

operationspartner auf Augenhöhe wichtig, um Transparenz und Mitspracheversprechen gegenüber den Mitgliedern der regionalen BEGs einhalten zu können und eine weitreichende Integration der BEG in Planungsprozesse sicherzustellen.

CW.3.1 Ausbau von Finanzierungsmodellen und der Zusammenarbeit mit Banken

Gerade bei großen Wind- und Solarparks sind BEGs zunehmend daran interessiert, auf eine Vielzahl von Finanzierungsoptionen für die Anfangsinvestitionen zurückgreifen

zu können. BEGs können Angebote von Banken annehmen (siehe WW.1.2).

CW.3.2 Ausbau der Zusammenarbeit mit Crowdfunding/-investing-Firmen

Um hohen Anfangsinvestitionen für BEGs zu begegnen, können BEGs neue Angebote von Crowdfunding/-investing-Anbietern annehmen (siehe WW.1.1).

CW.3.3 Eigene Kampagnen zur Einwerbung von Eigenkapital von BEGs

BEGs sollten zielgruppenspezifische digitale und analoge Öffentlichkeitsarbeit durchführen, um Mitglieder bzw. Anleger:innen für ausreichend Eigenkapital zu akquirieren.

CR.1.1 Information zu aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen

Aufgrund der dynamischen Rechtsentwicklung im EE-Bereich und Beteiligungsrecht oder auch bei lokalen Stromtarifen ist es wichtig, dass sich Unternehmen rechtzeitig über die Rechtslage in den Kommunen und Bundesländern

informieren. Verbände, Handelskammern, Banken oder Landesagenturen helfen beim Wissenstransfer. Leitfäden und Fortbildungen dienen dazu, eigenes Know-How auszubauen und das Thema besser zu verstehen.

CR.2.1 Lobbying für bundeseinheitliche Beteiligungsregelung oder für Regeln in den entsprechenden Bundesländern ohne Länder-Regel

Durch verschiedene landesrechtliche Regelungen besteht ein regulativer Flickenteppich. Eine bundeseinheitliche Regelung würde es allen Bürger:innen ermöglichen, an den anstehenden Transformationsprozessen teilzuhaben. BEGs und ihre Netzwerke können sich auf Bundes- und Landesebene für verpflichtende gesetzliche Regelungen zur finanziellen Beteiligung von Bürger:innen einsetzen,

z. B. indem sie Minister:innen oder Abgeordnete des Bundes oder der Länder zu Anlagenbesuchen einladen.

CS.1.1 Kampagnenarbeit von BEGs, die sich an unterrepräsentierte Zielgruppen richten

Es besteht eine Unterrepräsentanz von diversen Bevölkerungsgruppen in BEGs, vor allem von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Um dieser Schieflage entgegenzuwirken, ist ein langfristig angelegter Lösungsansatz gefragt, da dieser Umstand strukturell bedingte Ursachen hat, die sich nur langsam verändern. Teil der Lösung können gezielte Kampagnen sein, um unterrepräsentierte Gruppen

zu erreichen und bei der Beteiligung zu unterstützen. Frauen etwa handeln nachweislich im Allgemeinen umweltbewusster und bemühen sich um umweltfreundliche Entscheidungen, so wird beispielsweise die Wichtigkeit von Ökostrom bei Frauen höher eingestuft als bei Männern, was sie zu einer wichtigen Zielgruppe für Ökostrom-Anbieter macht.²⁵

CS.1.2 Kooperationen von BEGs mit Verbänden und Vereinen, die spezifische Zielgruppen vertreten

Die Zusammenarbeit mit Verbänden/Vereinen mit einschlägigen inhaltlichen Schwerpunkten bzw. Zielgruppen (u.a. Frauen, Migrant:innen) kann hinsichtlich einer Stärkung unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen von Vorteil sein, da Wissenstransfer und Ressourcenbündelung effektivere

Lösungen erzielen. Auch ist eine Kooperation mit themenfremden Verbänden und Vereinen, z. B. mit Religionsgruppen, Garagen-Vereinen, Baugenossenschaften vorstellbar, um etwa freie Dachflächen zu akquirieren.

CS.1.3 Aufstellung von Gleichstellungsstrategien und -plänen für BEGs

Frauen sind bei der Energiewende auf politischer und wirtschaftlicher Ebene immer noch deutlich unterrepräsentiert.²⁶ Die Gleichstellung von Frauen in BEGs wird durch strukturelle Hemmnisse negativ beeinflusst, welche mittel- bis langfristig zu überwinden sind. Um die Repräsentanz und

Teilhabe von Frauen zu erhöhen, bedarf es Maßnahmen, die über einen nicht nur kurzfristigen Zeitpunkt geplant sind, z. B. in Form von internen Gleichstellungsstrategien oder -plänen.

CS.2.1 Bereitstellung von Informationsmaterial in verständlicher Sprache oder Fremdsprachen

Die fehlende Repräsentanz von diversen Bevölkerungsgruppen steht unter anderem in Verbindung mit sprachlichen Hürden bzw. verwendeter Fachsprache, z. B. rechtlicher, bürokratischer oder technischer Art. Ein möglicher Lösungs-

ansatz kann das Erstellen und Veröffentlichen von Informationsmaterial in verständlicher bzw. bürgernahe Sprache oder lokal relevanten Fremdsprachen sein.

25 Anselm Mattes, „Grüner Strom: Verbraucher sind bereit, für Investitionen in erneuerbare Energien zu zahlen“, DIW Wochenbericht, 79, Nr. 7 (2012): 9.

26 WECF, „Frauen. Energie. Wende!“ (Women Engage for a Common Future, 2020), <https://www.wecf.org/de/wp-content/uploads/2018/10/Frauen.Energie.Wende2020.pdf>.

CS.2.2 Verwendung individueller Kommunikation und Formate zur Aktivierung der Bürger:innen

Um unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen zu aktivieren und einzubinden sowie sprachliche Hürden bzw. Fachsprache rechtlicher, bürokratischer und technischer Natur abzubauen, bedarf es individueller Kommunikationsmaßnahmen und Formate, mit denen die Bürger:innen angesprochen und eingebunden werden. BEGs sollten darauf achten,

wertschätzend und auf Augenhöhe zu kommunizieren und kulturelle Besonderheiten zu berücksichtigen, eine verständliche Sprache zu verwenden, Fachbegriffe weitestgehend zu vermeiden und niedrigschwellige (Online)Angebote wie kostenfreie Schnupperkurse zu unterbreiten.

CS.3.1 Durchführung von Informations- und Aufklärungskampagnen für erneuerbare Energien durch BEGs

In Regionen mit geringer oder fehlender Akzeptanz in der Nachbarschaft (vor allem für Windenergieanlagen) haben Praxiserfahrungen gezeigt, dass Informationskampagnen und Aufklärungsarbeit von BEGs für erneuerbare Energien mögliche Vorurteile und negative Haltungen in der Peer-Gruppe oder Nachbarschaft abbauen können sowie Falsch-

informationen rund um Wind- und Solarparks sowie Agri-PV begegnen. Menschen, die sich vorher öffentlich nicht positiv äußerten, haben im Rahmen solcher Kampagnen die Chance, sich aktiv zu den entsprechenden Anlagen und lokalen Klimaschutzmaßnahmen zu bekennen.

CS.3.2 Wahl von lokal akzeptanzbildenden Einstiegsgeschäftsmodellen

Um lokalen Widerständen zu begegnen, können anfänglich solche Geschäftsmodelle gewählt werden, die schnell zu

spürbaren Vorteilen und Gewinnen für die Kommune und die Bevölkerung führen.²⁷

CS.4.1 Nutzung von vorgefertigten Materialien (in verständlicher Sprache) zur Bürger:innen-Aktivierung

Häufig liegt die Ursache für eine mangelnde Beteiligung von Bürger:innen an BEGs vor Ort darin, dass Wissen über die Konzepte einer Energiegenossenschaft oder -gemeinschaft

nicht oder nur eingeschränkt vorhanden ist. Die Nutzung von vorgefertigten Materialien²⁸ (in verständlicher Sprache) entlastet BEGs bei der Bürger:innen-Ansprache und Aktivierung.

CT.1.1 Aufbau von technischem Fachwissen bei BEGs

Technisches Fachwissen ist bei der Planung und Realisierung von EE-Anlagen unverzichtbar. Fehlendes oder mangelhaftes technisches Fachwissen kann BEGs daran hindern, erfolgreich Geschäftsmodelle umzusetzen bzw. weitere

Wertschöpfungsstufen zu erschließen. Daher sollten BEG-Mitglieder bzw. -Aktive (kostenlose) Weiterbildungsangebote und Trainings aktiv nutzen.

27 Z. B. PV-Aufdachanlagen auf öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden.

28 Z. B. Bündnis Bürgerenergie e.V., Hrsg., „Klimaschutz zum Selbermachen - Saubere Energie für alle“, März 2020, https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/downloads/Broschuere_Klimaschutz_selbermachen/Broschuere_Klimaschutz-Selbermachen_buendnis-buergerenergie_de_v2.pdf.

Energiewirtschaft

Unter wirtschaftlichen Akteuren sind hier Energieversorgungsunternehmen, regional verwurzelte Stadtwerke, (über)regionale Projektierer und Planungsbüros oder gewerbliche Energieberatungen zu verstehen.²⁹ Ihre Motive oder spezifischen Herausforderungen können sich daher stark unterscheiden.³⁰

Gerade bei der Planung und Errichtung neuer Solar- oder Windparks gehört die Frage, wie die Anwohner:innen vor Ort eingebunden werden können, mehr und mehr zum Alltagsgeschäft. Die Beteiligungsangebote, die wirtschaftliche

Akteure unterbreiten können, betreffen vor allem Angebote der finanziellen Beteiligung sowie regional verankerte Stromtarife. Die Frage ist zu erörtern, wie Unternehmen ihre (finanziellen) Beteiligungsangebote ausbauen und ihre Sichtbarkeit erhöhen können. Damit geht einher, wie Unternehmen besser mit sozial-innovativen Akteuren zusammenarbeiten oder unterstützen können und wie sie selbst sozial-innovative Praktiken etablieren können.

Wir empfehlen für die energiewirtschaftlichen Akteure folgendes:

WP.1.1 Allianzbildung über Verbände

Verbände können helfen, Interessen zu bündeln. Wenn Beteiligungsanforderungen für alle gelten, entsteht daraus kein Wettbewerbsnachteil für jene, die sich sozial-innovativ engagieren. Wirtschaftsakteure sollten sich daher für einen

fairen Wettbewerb am Energiemarkt und bundesweit einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzen, die praktikable und bürokratiearme Regelungen für Bürgerbeteiligung an der Energieerzeugung vorsehen.

WP.1.2 Aktiver Austausch mit Politik zu Praxiserfahrungen

Wirtschaftliche Akteure sollten mit politischen Entscheidungsträger:innen Praxiserfahrungen der Bürgerbeteiligung teilen, Regelungslücken und Umsetzungsdefizite

adressieren sowie konstruktive Lösungen in gemeinsamen Austauschforen anbieten.

WW.1.1 Ausbau von passgenauen Crowdfunding-Möglichkeiten für BEGs

Mehr Crowdfunding-Angebote, die auf BEGs zugeschnitten sind, würden die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen erhöhen. Klassischerweise nutzen BEGs Mitglieder-einlagen bzw. Gesellschaftsanteile als Eigenkapital für EE-Projekte, z. B. bei großen Wind- und Solarparks mit hohen Eigenkapitalbedarf. In den letzten Jahren sind immer mehr Crowdfunding-Plattformen entstanden, auf denen zumeist Nachrangdarlehen eingeworben werden können – zunehmend auch für Energieprojekte. Der Fokus der meisten Energie-Crowdfunding-Projekte unterscheidet sich allerdings vom Ursprungsgedanken klassischer BEGs. Bei BEGs

geht es um die aktive Beteiligung und Mitsprache, beim Crowdfunding hingegen primär um eine „grüne“ Geldanlage mit attraktiven Zinsen. Diese Beteiligungsform spricht daher bislang vor allem Menschen an, die sich rein finanziell beteiligen wollen. Doch auch für BEGs können Crowdfunding-Plattformen interessant sein, da hier potenziell neue Zielgruppen erschlossen werden können, die gleichzeitig stärker mit digitalen Zahlungsformaten arbeiten möchten sowie Interesse am Gemeinschaftsgedanken und an organisationaler Mitsprache besitzen.

WW.1.2 Ausbau von Finanzierungsmodellen für BEGs durch Banken

BEGs realisieren EE-Projekte klassischerweise gemeinsam mit Banken. Bei großen Wind- und Solarparks, die über eine EEG-Marktprämie abgesichert sind, ist dies auch nach wie vor gelebter Standard. Bei Projekten, die sich alleine über Power Purchase Agreement (PPAs) finanzieren, sind Banken jedoch aufgrund mangelnder Sicherheiten oft skeptisch.

Auch kleinere Projekte möchten Banken oft nicht finanzieren, weil dies mit zu viel Aufwand verbunden sei. Hier wäre es eine Möglichkeit, dass Intermediäre geschaffen werden, die als Fondsmanager die Projektrisiken beurteilen, sodass mehr Bürgerprojekte durch Bankkapital finanziert werden können.

²⁹ Vgl. Kapitel 2.2.1 „Akteurskonstellation“ der ENGAGE Studie.

³⁰ Z. B. Eigenkapitalergänzung, Kund:innenbindung, regionale Wertschöpfung, Förderung der lokalen Akzeptanz etc.; vgl. eueco GmbH, „Finanzielle Bürgerbeteiligung an der Energiewende: Leitfaden für Stadtwerke und Energieversorgungsunternehmen“, Januar 2021.

WW.2.1 Standardisierung und Digitalisierung von Bürgerbeteiligung

Unternehmen sollten standardisierte und digitalisierte Beteiligungsformate nutzen, um Kosten und Aufwände zu reduzieren. Marktgängige Plattformen und IT-Dienstleistungen können helfen, E-Beteiligung kostengünstig umzusetzen.

WW.2.2 Outsourcing von Bürgerbeteiligung

Geringes Anwendungswissen und mangelnde Erfahrung können zu höheren Aufwänden führen. Wenn in Unternehmen kein eigenes Knowhow besteht oder Beteiligungsprozesse nicht abgebildet werden können, kann auch das Outsourcing von (finanziellen) Bürgerbeteiligungsverfahren und -prozessen helfen, um digitale und Beteiligungsexpertise einzubinden.

WW.3.1 Aufbau von Partnerschaften mit BEGs

Manche Beteiligungsangebote überfordern Unternehmen, weil sie diese nicht abbilden können, z. B. Projektierer, die keine eigenen lokalen Stromprodukte im Portfolio aufweisen. Hier können Partnerschaften, z. B. mit Genossenschaften mit EE-Anlagen, zur Portfolioerweiterung dienen.

WW.3.2 Ausschöpfung staatlicher Förderungsangebote

Finanzielle Bürgerbeteiligung kann hohe Anfangsinvestitionen, Umstellungsaufwand sowie Verwaltungskosten und -aufwand mit sich bringen. Förderprogramme können helfen, unternehmerische Lasten und Risiken im Bereich der Beteiligung zu verringern. Optionen hierfür ändern sich stetig und sollten geprüft werden.

WR.1.1 Information zu aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen

Aufgrund der dynamischen Rechtsentwicklung im EE-Bereich und Beteiligungsrecht oder auch bei lokalen Stromtarifen ist es wichtig, dass sich Unternehmen rechtzeitig über die Rechtslage in den Kommunen und Bundesländern informieren. Verbände, Handelskammern, Banken oder Landesenergieagenturen helfen beim Wissenstransfer. Leitfäden und Fortbildungen dienen dazu, eigene Expertise auszubauen.

WT.1.1 Überwindung von fehlenden oder eingeschränkten digitalen Kompetenzen

Beteiligungen vor Ort anzubieten, kann bedeuten, dass ein Unternehmen mit hunderten oder tausenden Interessenten interagiert. Über etablierte digitale Formate können bestehende Kompetenzen am Markt genutzt werden (siehe WW.2.2).

WS.1.1 Etablierung innovativer und beteiligungsfreundlicher Unternehmenskulturen

Bei Unternehmen, die bislang auf Bürgerbeteiligung verzichtet haben, lohnt sich ein Umdenken. Was auf den ersten Blick fachfremd und mühevoll klingt, kann kosteneffizient und erfolgreich umgesetzt werden – und Folgeprojekte mit dem Fremdkapital von Kleinstinvestor:innen vielfach einfacher gestalten. Gerade auf Kolleg:innen, die in der Fläche unterwegs und im Austausch mit den Menschen vor Ort sind, sollte dabei gehört werden. Wer innovativ ist und sich den neuen Anforderungen anpasst, wird mittel- und langfristig am Energiemarkt Bestand halten.

WS.2.1 Berücksichtigung regionaler und lokaler Belange und Bedarfe






Jeder Ort und Region ist anders, wenn es um Beteiligung geht. Wirtschaftliche Akteure sollten sich daher mit Bürger:innen und lokalen Expert:innen, z. B. Genossenschaften oder Landesenergieagenturen, austauschen und Bedarfe erörtern, welche Form der Beteiligung zur jeweiligen Kommune und Gegend passt. Auf die Belange vor Ort sollte werteschätzend und flexibel reagiert und eingegangen werden, um eine langfristige und/oder mehrmalige Zusammenarbeit nicht zu gefährden.



**Stromwende
gemeinsam gestalten**






Für das Gelingen und die Beschleunigung der Energiewende bedarf es alle Arten von Innovationen - von technischen, partizipativen, rechtlichen bis hin zu Sozialen Innovationen. Die Einbindung breiter Bevölkerungsgruppen unterstützt eine gesamtgesellschaftliche Trägerschaft und hohe Akzeptanz der Energiewende und ihrer innovativen und digitalen Technologien und Systemlösungen. Die weiterhin anstehenden Umbauprozesse in der Wirtschaft und im Energiesystem können nur erfolgreich sein, wenn in relevanten Bereichen Bürger:innen mitsprechen, mitgestalten und profitieren können. Aus der Transformation müssen sich für die Menschen vor Ort spürbare Vorteile finanzieller, sozialer oder ökologischer Art ergeben. Der Umbau ist im alltäglichen Leben spürbar und erfordert dabei mehr als passive finanzielle Entlastungen oder Beteiligungen der Bürger:innen. Er verlangt nach einer aktiven Mitgestaltung und Teilhabe am Gesellschaftsprojekt Energiewende durch Bürger:innen und ihrer sozial-innovativen Zusammenschlüsse. Energiegemeinschaften und -genossenschaften können durch ihre soziale Innovationskraft und lokale Verortung einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Zukunft leisten. Die Kommunen und Gemeinden sind in einer Schlüsselposition, da vor Ort die konkrete Umsetzung der Energiewende mit Bürger:innen und sozial-innovativen Akteuren stattfinden kann.



Akteursgruppe	Dimension nach Relevanz	Beteiligungshemmnis nach Relevanz	Lösungs- und Bearbeitungsstrategie
Politik & öffentliche Verwaltung (P)			
P.Kommune (PK)	POLITIK 	PKP.1 Fehlende Kenntnis von lokalen Wirtschaftsakteuren im EE-Bereich	PKP.1.1 Förderung von (analoger und digitaler) Vernetzung, Kollaboration und Transfer mit lokalen (sozial-innovativen) Akteuren
		PKP.2 Fehlende Kenntnis von langfristiger Effektivität von Beteiligungsverfahren	PKP.2.1 Angebot von Information, Beratung und Wissenstransfer zur Bürgerbeteiligung
		PKP.2.2 Entwicklung von kommunalen Leitlinien zum frühzeitigen Einbezug von Bürger:innen und ihrer Organisationen bei der Projektentwicklung	
		PKP.3 Verzerrte oder fehlende Wahrnehmung der lokalen Akzeptanz von EE-Anlagen	PKP.3.1 Förderung und Beauftragung von lokalen Akzeptanzumfragen, -stimmungsbildern oder -studien
		PKP.3.2 Förderung der Wissenschaftskommunikation zu lokalen Akzeptanzfaktoren	
		WIRTSCHAFT 	PKW.1 Fehlendes Eigenkapital der Kommunen für Investitionen in EE-Anlagen
	PKW.1.2 Allianzbildung und Kooperation mit lokalen Change Agents		
	PKW.2 Fehlende Mittel für Bürgerbeteiligung		PKW.2.1 Einrichtung eines Bürger:innenfonds
	RECHT 	PKR.1 Implementierung auf Kommunalebene der umfangreichen Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene	PKR.1.1 Zusätzliche Einstellung von und rechtliche Qualifizierung der kommunalen Mitarbeitenden
	TECHNIK 	PKT.1 Fehlendes oder mangelhaftes technisches Fachwissen bzgl. EE-Technologien & unklare Rolle unterschiedlicher Technologien	PKT.1.1 Schaffung unabhängiger und niedrigschwelliger Informationsangebote und Kapazitätsaufbau zu EE-Technologien im lokalen Kontext
			PKT.1.2 Schaffung von offenen Diskursräumen und Kapazitätsaufbau über lokale Energieversorgung und Netze
	SOZIO-KULTUR 	PKS.1 Fehlende Wahrnehmung von (finanziellen) Beteiligungsangeboten durch Bürger:innen	PKS.1.1 Niedrigschwellige Einbindung der Angebote in Bildungs-, Arbeits- und Lebenskontexte
			PKS.1.2 Sichtbarmachung der Angebote in verständlicher Sprache sichtbar machen

			PKS.1.3 Sichtbarmachung der Angebote je nach lokalem Kontext in verschiedenen Sprachen sichtbar machen
			PKS.1.4 Einbindung lokaler Presse und (digitaler) Medien
		PKS.2 Fehlende Wahrnehmung in eigene Handlungsfähigkeit der Bürger:innen in Bezug auf lokale Energiewende	PKS.2.1 Förderung politischer Bildungsarbeit zu Demokratie und Bürgerbeteiligung
			PKS.2.2 Stärkung von informellen Beteiligungsformaten vor Ort zur Energiewende
		PKS.3 Fehlendes Bewusstsein über Klimaschutz und Energiewende	PKS.3.1 Zielgruppengerechte Wissenschaftskommunikation in verständlicher Sprache und über relevante Kommunikationskanäle
			PKS.3.2 Etablierung von positiven und individuellen Energiewendenarrativen vor Ort
		PKS.4 Fehlende Diskursräume zur Gestaltung des Gemeinwesens und der Energieversorgung	PKS.4.1 Schaffung offener Diskursräume über die Gestaltung des Gemeinwesens, insbesondere (inter-)kommunaler Energieversorgung und Zusammenarbeit
P.Land (PL)	RECHT 	PLR.1 Fehlende oder unzureichende einfachgesetzliche finanzielle Beteiligungspflicht bei EE-Anlagen	PLR.1.1 Verabschiedung von Beteiligungsgesetzen oder deren Reform
		PLR.2 Anforderungsvolle Bürgerbeteiligungsgesetzgebung	PLR.2.1 Förderung und Unterstützung von professionellen Teilnahmeverfahren für Kommunen und Vorhabenträger
			PLR.2.2 Vereinfachung von Bürgerbeteiligungsverfahren
		PLR.3 Implementierung auf Landesebene der umfangreichen Gesetzesänderungen auf EU- und Bundesebene	PLR.3.1 Einstellung und rechtliche Qualifizierung der ministerialen und behördlichen Mitarbeitenden
	POLITIK 	PLP.1 Fehlende oder unzureichende (Landes-)Strategien und Politiken zur Förderung Sozialer Innovationen und gemeinwohlorientierten Unternehmertum für den Energiesektor	PLP.1.1 Beschluss von Strategien und Politiken, die sich an der nationalen sozialen Innovationsstrategie orientieren
			PLP.1.2 Integration Sozialer Innovationen in die Bildungsarbeit zur nachhaltigen Entwicklung bzw. transformative Bildung
		PLP.2 Verzerrte oder fehlende Wahrnehmung der gesellschaftlichen und lokalen Akzeptanz von EE-Anlagen	PLP.2.1 Förderung der Akzeptanzforschung mit Landesmitteln
			PLP.2.2 Förderung der Wissenschaftskommunikation rund um Akzeptanzfaktoren mit Landesmitteln

Akteursgruppe	Dimension nach Relevanz	Beteiligungshemmnis nach Relevanz	Lösungs- und Bearbeitungsstrategie
P.Land (PL)	TECHNIK ■	PLT.1 Fehlende oder mangelhafte barrierearme digitale Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung zur Beteiligung der Bürger:innen	PLT.1.1 Investition in die Digitalisierung und Standardisierung der Verfahren und Landesverwaltung
			PLT.1.2 Förderung von Bildungsangeboten und des Austausches für Behördenpersonal zur digitalen Unterstützung von Planungsprozessen
P.Bund (PB)	WIRTSCHAFT ■	PBW.1 Wettbewerbsnachteile von gemeinwohlorientierten Organisationen	PBW.1.1 Schaffung von sozial-innovativen und gemeinwohlorientierten Gründungs- und Unterstützungsstrukturen
			PBW.1.2 Förderung von bedarfsgerechten Förderinstrumenten, -strukturen und -kulturen sowie Finanzierungsmodellen
		PBW.2 Wettbewerbsnachteile von Regional- und Lokalstromtarifen	PBW.2.1 Reduzierung von Entgelten und bürokratischen Hürden für regionale und lokale Stromlieferung
	RECHT ■	PBW.3 Wettbewerbsnachteile von EE-Strom	PBW.3.1 Subventionsabbau fossiler Anlagen und Energieträger
			PBR.1 Fehlende finanzielle Beteiligungspflicht von Bürger:innen
	POLITIK ■	PBR.2 Starres Genossenschaftsrecht	PBR.2.1 Flexibilisierung des Genossenschaftsrechts
			PBP.1 Fehlende Wahrnehmung von Sozialen Innovationen und gemeinwohlorientierten Organisationen im Energiebereich
		PBP.2 Verzerrte oder fehlende Wahrnehmung der gesellschaftlichen Akzeptanz von EE-Anlagen	PBP.1.2 Ausbau der Forschung zu Sozialen Innovationen in der Energiewende inklusive gesellschaftlicher Wirkungsmessung
			PBP.1.3 Ausbau internationaler und europäischer Zusammenarbeit zu Sozialen Innovationen im Energiebereich
	TECHNIK ■	PBT.1 Fehlende oder mangelhafte barrierearme digitale Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung zur Beteiligung der Bürger:innen	PBP.2.1 Förderung der Akzeptanzforschung mit Bundesmitteln
PBP.2.2 Förderung der Wissenschaftskommunikation mit Bundesmitteln			
			PBT.1.1 Investition in die Digitalisierung und Standardisierung der Verfahren und Bundesverwaltung
			PBT.1.2 Förderung von Bildungsangeboten und des Austausches für Behördenpersonal zur digitalen Unterstützung von Planungsprozessen

Communities (C)	POLITIK	CP.1 Zu späte Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Flächenvergabe	CP.1.1 Verbreitung kommunaler Leitlinien zum frühzeitigen Einbezug von Bürger:innen und ihrer Organisationen bei der Flächenvergabe	
		CP.2 Falsche oder fehlende Wahrnehmung von BEGs in der Politik und Verwaltung sowie mangelndes Engagement der Lokalpolitik	CP.2.1 Durchführung von Aufklärungs- und Motivationskampagnen für Kommunen über das Potential von BEGs	
			CP.2.2 Vertretung der BEG-Interessen durch Landes- und Bundesnetzwerke	
	WIRTSCHAFT 	CW.1 Mangel an personellen Ressourcen	CW.1.1 Aufbau von haupt- und nebenberuflichen Stellen bei BEGs	
			CW.1.2 Erhöhung Professionalisierungsgrad der BEGs durch Beratung	
		CW.2 Strukturelle Hürden, die die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber etablierten Unternehmen einschränken	CW.2.1 Kooperation mit anderen regionalen BEGs	
			CW.2.2 Kooperation mit etablierten überregionalen Akteuren	
		CW.3 Hohe Anfangsinvestitionen	CW.3.1 Ausbau von Finanzierungsmodellen und Zusammenarbeit mit Banken	
			CW.3.2 Ausbau Zusammenarbeit mit Crowdfunding/-investing-Firmen	
			CW.3.3 Eigene Kampagnen zur Einwerbung von Eigenkapital von BEGs	
		RECHT 	CR.1 Fehlende Rechtskenntnisse	CR.1.1 Information zu aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen
			CR.2 Fehlende Beteiligungspflicht in einigen Bundesländern für Wind- und PV-Freiflächenanlagen	CR.2.1 Lobbying für bundeseinheitliche Beteiligungsregelung oder für Regeln in den entsprechenden Bundesländern ohne Länder-Regel
	SOZIO-KULTUR 	CS.1 Fehlende Repräsentanz von diversen Bevölkerungsgruppen in der BEG	CS.1.1 Kampagnenarbeit von BEGs, die sich an unterrepräsentierte Zielgruppen richten	
			CS.1.2 Kooperation mit Verbänden und Vereinen, die spezifische Zielgruppen vertreten	
			CS.1.3 Aufstellung von Gleichstellungsstrategien und -plänen für BEG	
CS.2 Sprachliche Hürden/Fachsprache (rechtlich, bürokratisch & technisch)		CS.2.1 Bereitstellung von Informationsmaterial in verständlicher Sprache oder Fremdsprachen		
		CS.2.2 Verwendung individueller Kommunikation und Formate zur Aktivierung der Bürger:innen		
CS.3 Fehlende Akzeptanz der Peer-Gruppe und der Nachbarschaft		CS.3.1 Durchführung von Informations- und Aufklärungskampagnen durch BEGs		








Akteursgruppe	Dimension nach Relevanz	Beteiligungshemmnis nach Relevanz	Lösungs- und Bearbeitungsstrategie
Communities (C)	SOZIO-KULTUR 		CS.3.2 Wahl von lokal akzeptanzbildenden Einstiegsgeschäftsmodellen
		CS.4 Fehlendes Wissen über Konzepte der Energiegenossenschaft und Bürgerenergie	CS.4.1 Nutzung von vorgefertigten Materialien (in verständlicher Sprache) zur Bürger:innen-Aktivierung
	TECHNIK 	CT.1 Fehlendes oder mangelhaftes technisches Fachwissen	CT.1.1 Aufbau von technischem Fachwissen bei BEGs
Energiewirtschaft (W)	POLITIK 	WP.1. Strukturelle Hürden für sozial-innovative Unternehmen, die die Wettbewerbsfähigkeit einschränken	WP.1.1 Allianzbildung über Verbände
		WP.2 Fehlende Wahrnehmung sozial-innovativer Praktiken in der Politik und öffentlichen Verwaltung	WP.1.2 Aktiver Austausch mit Politik zu Praxiserfahrungen
	WIRTSCHAFT 	WW.1 Ungenügende Crowdinvesting-Angebote für BEGs	WW.1.1 Ausbau von passgenauen Crowdinvesting-Möglichkeiten für BEGs
			WW.1.2 Ausbau von Finanzierungsmodellen für BEGs durch Banken
		WW.2 Ungenügende Finanzierung von sozial-innovativen Praktiken	WW.2.1 Standardisierung und Digitalisierung von Bürgerbeteiligung
			WW.2.2 Outsourcing von Bürgerbeteiligung
		WW.3 Anfangs- und Umstellungskosten bei Bürgerbeteiligung	WW.3.1 Aufbau von Partnerschaften mit BEGs
			WW.3.2 Ausschöpfung staatlicher Förderungsangebote
	RECHT 	WR.1 Fehlende Rechtskenntnisse	WR.1.1 Information zu aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen
	TECHNIK 	WT.1 Fehlende oder mangelhafte digitale Kompetenzen	WT.1.1 Überwindung von fehlenden oder eingeschränkten digitalen Kompetenzen
	SOZIO-KULTUR 	WS.1 Gewohntes Vorgehen und mangelnder Austausch	WS.1.1 Etablierung innovativer und beteiligungsfreundlicher Unternehmenskulturen
		WS.2 Fehlende Wahrnehmung regionaler Bedarfe	WS.2.1 Berücksichtigung regionaler und lokaler Belange und Bedarfe

Tabelle 2: Übersicht der Beteiligungshemmnisse und ENGAGE-Handlungsempfehlungen, eigene Darstellung.


Literatur

- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. „Bürgerenergiegesellschaften‘ bei Windenergie an Land“. Wirtschaft - Beratung & Finanzierung. Zugegriffen 15. Februar 2024. https://www.bafa.de/DE/Wirtschaft/Beratung_Finanzierung/Buergerenergiegesellschaften/buergerenergiegesellschaften_node.html.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung. „Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie - BMBF“. Bundesministerium für Bildung und Forschung - BMBF. Zugegriffen 4. September 2024. <https://www.bmbf.de/Shared-Docs/Downloads/de/2023/230726-fortschreibung-nws.html>.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klima, und Bundesministerium für Bildung und Forschung. „Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen“, 2023. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/nationale-strategie-soziale-innovationen-gemeinwohlorientierte-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=22.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. „Das Solarpaket I im Überblick“. Zugegriffen 4. September 2024. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/solarpaket-im-ueberblick.html>.
- , „Die Systementwicklungsstrategie: Ein Rahmen für die Transformation zum klimaneutralen Energiesystem“. Zugegriffen 4. September 2024. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/ses.html>.
- , „Neues Förderprogramm für Gemeinwohlorientierte Unternehmen“. Zugegriffen 4. September 2024. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/foerderprogramm-gemeinwohlorientierte-unternehmen.html>.
- , „Photovoltaik-Strategie“. Zugegriffen 4. September 2024. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/photovoltaik-strategie-2023.html>.
- , „Windenergie-an-Land-Strategie“. Zugegriffen 4. September 2024. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/windenergie-an-land-strategie.html>.
- Bündnis Bürgerenergie e. V., Hrsg. „BBEn: ACCE“. BBEn - Bündnis Bürgerenergie e.V. Zugegriffen 2. September 2024. <https://www.buendnis-buergerenergie.de/projekte/acce>.
- , „Klimaschutz zum Selbermachen - Saubere Energie für alle“, März 2020. https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/downloads/Broschuere_Klimaschutz_selbermachen/Broschuere_Klimaschutz-Selbermachen_buendnis-buergerenergie_de_v2.pdf.
- ENGAGE. „Engagiere Dich für die Energiewende“. Engage, 2024. <https://engage.jetzt/>.
- eueco GmbH. „Finanzielle Bürgerbeteiligung an der Energiewende: Leitfaden für Stadtwerke und Energieversorgungsunternehmen“, Januar 2021.
- Freie und Hansestadt Hamburg. „Social-Entrepreneurship-Strategie“, 2023. <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/bwi/projekte-und-initiativen/social-entrepreneurship-strategie-201764>.
- Mattes, Anselm. „Grüner Strom: Verbraucher sind bereit, für Investitionen in erneuerbare Energien zu zahlen“, DIW Wochenbericht, 79, Nr. 7 (2012): 9.
- Pauleweit, Koopmann, Endrullis, und Grosche. „ENGAGE-Studie: Soziale Innovationen und Beteiligung von Bürger:innen an der lokalen Energiewende in Deutschland“. Berlin, 2024.
- Schleswig-Holsteinischer Landtag. „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023“, 2023. <https://e-lissh.landtag.ltsh.de/portal/browse.tt.html>.
- SPD, Bündnis90/Die Grünen, und FDP. „Koalitionsvertrag 2021-2025“. MEHR FORTSCHRITT WAGEN - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Berlin, 2021.

Unabhängiges Institut für Umweltfragen – UfU e.V. „Ein Praxisleitfaden zur digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung“. Digitale Beteiligung souverän gestalten, 27. März 2024. <https://www.digitale-beteiligung-gestalten.de/a/das-projekt/>.

WECF. „Frauen. Energie. Wende!“ Women Engage for a Common Future, 2020. <https://www.wecf.org/de/wp-content/uploads/2018/10/Frauen.Energie.Wende2020.pdf>.

Weidinger, Roman, und Louis Johns. „Juristische Studie zu Regelungsoptionen für eine verbesserte Bürgerbeteiligung am EE-Ausbau auf Bundesebene“. Berlin: IKEM, 2023.



Das ENGAGE-Projekt untersucht Soziale Innovationen und die Beteiligung von Bürger:innen an der lokalen Energiewende in Deutschland. Die ENGAGE Studie liefert empirische Befunde zu sozial-innovativen Akteuren und Praktiken für Bürger:innen, an der Stromwende vor Ort zu partizipieren. Sie entwickelt zugleich ein integriertes Beteiligungsmodell der Bürger:innen für den Stromsektor. In diesem Rahmen werden Hemmnisse und Herausforderungen der Bürgeraktivierung und -beteiligung systematisiert.

Basierend auf den Erkenntnissen der ENGAGE Studie sind in diesem Empfehlungsbericht akteurspezifische Handlungsempfehlungen zusammengestellt, die zu einer Stärkung Sozialer Innovationen und Praktiken, der Beteiligung von Bürger:innen und des bürgerschaftlichen Engagements für die Energiewende vor Ort beitragen. Die ENGAGE-Empfehlungen liefern praktische Lösungsstrategien und Maßnahmen, die sich an die Politik und Verwaltung, die organisierte Bürgerschaft und an Unternehmen richten, die die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen schaffen und mitgestalten können, damit Bürger:innen und sozial-innovative Akteure effektiv an der Stromwende partizipieren können.

Folgt uns auf Social Media:
engage.jetzt

